Nr. 12. Halle (Saale), Sonnabend, den 15. Januar 1916. 27. Jahrg.

Das Volksblatt erscheint jeden Werktag nachmittag. Der monatliche Bezugspreis beträgt 70 Pf. frei ins Haus. Durch die Post gleichfalls 70 Pf. oder vierteljährlich Mk. 2,10 ohne Bestellgeld.

„Die Neue Welt" (wöchentlich erscheinende Unterhaltungs-Beilage) kostet monatlich 10 Pfg.

Schriftleitung: Harz 49/44. Fernsprecher 886. Sprechstunde: werktags von 12—1 Uhr mittags.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Die Anzeigengebühr beträgt für die 46 mm breite Kolonelzeile od. deren Raum 20 Pf., für auswärtige Anzeigen 35 Pf., Anzeigen unter Text (92 mm breite Reklamezeile) 75 Pf.

Anzeigen für die nächste Ausgabe sind bis morgens 10 Uhr in der Geschäftsstelle oder bis 9 Uhr in den Filialen aufzugeben. (Größere Anzeigen möglichst am Tage vorher).

Hauptgeschäftsstelle: Harz 42/44. Fernsprecher 1047. Geöffnet: werktags ununterbrochen von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Deutscher Heeresbericht.

Großes Hauptquartier, 15. Januar 1916. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Auf der Front keine besonderen Ereignisse. — Ein nordöstlich von Albert durch Leutnant Boelke abgeschossenes feindliches Flugzeug fiel in der englischen Linie nieder und wurde von unserer Artillerie in Brand geschossen.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Bei der Heeresgruppe des Generals v. Linsingen scheiterte in der Gegend von Czernyfz (südlich des Styrbogens) ein russischer Angriff vor der Front österreichisch-ungarischer Truppen.

Balkan-Kriegsschauplatz. Nichts Neues.

Bericht des österreichischen Generalstabes.

Wien, 14. Januar. Russischer Kriegsschauplatz. Der Feind versuchte seit gestern früh neuerlich, unsere bessarabische Front bei Toporouz und östlich von Naranzea zu durchbrechen. Er unternahm fünf große Angriffe, deren letzter in die heutigen Morgenstunden fiel. Er mußte aber jedesmal unter den schwersten Verlusten zurückgehen. Hervorragenden Anteil an der Abwehr der Russen hatte abermals das vorzüglich geleitete überwältigende Feuer unserer Artillerie. Seit Beginn der Schlacht in Ostgalizien und an der bessarabischen Front wurden bei der Armee des Generals Freiherrn Pflanzer-Baltin und bei den österreichisch-ungarischen Truppen des Generals Grafen Bothmer über 5100 Gefangene, darunter 30 Offiziere und Fähnriche eingebracht. Bei Karpilowka in Wolhynien zersprengten unsere Streifkorps-Kommandos einige russische Feldwachen.

Montenegrinischer Kriegsschauplatz.

Die Montenegriner haben unter Preisgabe ihrer Hauptstadt an allen Punkten ihrer Süd- und Westfront den Rückzug angetreten. Unsere Truppen sind in der Verfolgung über die Linie Budua—Cetinje—Grab—Grahovo hinausgeeilt und dringen auch östlich von Bileca und bei Avtovac ins montenegrinische Gebiet ein. Bei Grahovo fielen drei Geschütze samt Bedienung, 500 Gewehre, ein Maschinengewehr, viel Munition und anderes Kriegsgerät in unsere Hand. Bei Berane und westlich von Ipek nichts Neues.

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der Südwestfront ereignete sich nichts von Bedeutung. Einzelne Punkte bei Malborgeth und Raibl standen unter feindlichem Geschützfeuer. Die Tätigkeit der italienischen Flieger erstreckte sich auch auf den Raum von Triest. Eine auf Spirano abgeworfene Bombe verursachte keinen Schaden.

Italienische Kriegsverluste. Eine Drahtung aus Genf besagt, die Verluste des italienischen Heeres an der österreichischen Front betrugen bis zum 1. Dezember **600 000 Mann an Toten, Verwundeten und Vermißten.** Das sind also ein Drittel der gesamten Mannschaften.

Türkische Meldungen.

Das türkische Hauptquartier teilt mit: An der Kaukasusfront griff der Feind südlich des Arasflusses zwischen Tahir und Wali Baba und nördlich des Aras zwischen Kentek und dem Harman-Engpaß in der Nacht vom 11. zum 12. Januar mit einer bedeutenden Streitmacht heftig unsere vorgeschobenen Stellungen im Zentrum an, erlitt aber infolge unseres Gegenangriffs einen vollständigen Mißerfolg. Der Feind ließ zahlreiche Tote und Gefangene, eine Menge Waffen und zwei Maschinengewehre zurück und wurde in seine alten Stellungen zurückgeworfen. Westlich von Olty, in der Zone Arak-Gendjik, wurden zwei Angriffe des Feindes in derselben Nacht leicht zurückgewiesen.

Dardanellenfront: Am 12. Januar eröffneten ein Kreuzer, neun Torpedoboote und ein Monitor vor dem Meerengen ein zeitweilig anhaltendes Feuer gegen Teke Burnu und Sedd ul Bahr. Ein Monitor feuerte ebenfalls erfolglos in der Richtung auf Kefid Bahr, als einer unserer Flieger Bomben auf ihn warf und ihn nötigte, sich, in Flammen gehüllt, zurückzuziehen. Am Nachmittag des 12. Januar griff das von Bödicke geführte Flugzeug das fünfte feindliche Flugzeug vom Farman-Typ an und brachte es in der Umgebung von Sedd ul Bahr zum Absturz. Wir fanden den Führer tot, den Beobachter verwundet.

Ein russischer amtlicher Bericht meldet von der Kaukasusfront: Im Laufe der Kämpfe an dieser Front haben wir mehr als 300 Mann, 4 Geschütze und eine Menge Munitionskisten erbeutet. Eine Kundenabteilung, die in die Gegend nordwestlich von Ardjisch vorgestoßen war, wurde nach Osten zurückgeworfen. (W. T. B.)

Die serbische Regierung auf Korfu. Christiania, 15. Jan. König Peter von Serbien reist auf einem Torpedojäger nach Korfu ab, wohin sich wahrscheinlich auch Prinz Alexander begibt. Die serbische Regierung dürfte sich vorläufig in Korfu ansiedeln. (B. Z.)

Die Verwüstungen in Ostpreußen.

Dem preußischen Abgeordnetenhaus ist ein vom Abg. Fuhrmann hergestellter Bericht über die Reise von Mitgliedern des Abgeordnetenhauses durch Ostpreußen zugegangen. Der Bericht enthält u. a. auch folgende Angaben:

Ganz oder teilweise zerstört sind 24 Städte, fast 600 Dörfer, 300 Güter. 34 000 Gebäude sind hier dem Krieg zum Opfer gefallen, über 100 000 Wohnungen geplündert worden. Von den Russen getötet und schwer verletzt sind, zum Teil nach vorausgegangenen schweren Mißhandlungen, 2000 Personen. Die Zahl der nach Rußland Verschleppten beträgt 10 700. 350 000 bis 400 000 ostpreußische Flüchtlinge haben den Schutz westlicher Provinzen in Anspruch nehmen müssen. Der durch die Russen verursachte Verlust an landwirtschaftlichem Nutzvieh beträgt 135 000 Pferde, 250 000 Stück Rindvieh, 200 000 Schweine, 500 000 Schafe, 10 000 Ziegen, 600 000 Hühner, 50 000 Gänse.

•

12 Jahre Zuchthaus. Kiel, 14. Januar. Wegen fortgesetzten Landesverrats und Verrats militärischer Geheimnisse wurde der Kaufmann Jens Lausen aus Kopenhagen vom außerordentlichen Kriegsgericht beim Landgericht Kiel zu 12 Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt.

Das Schicksal Montenegros.

Die Eroberung des Lovcen durch die Armee Kovess ist durch die Besetzung der Hauptstadt Montenegros gekrönt worden. Die österreichisch-ungarischen Truppen sind in Cetinje eingezogen. Montenegro wird bald aufgehört haben, als selbständiges Staatswesen zu existieren, und die politischen und moralischen Folgen werden sich bald zeigen müssen. Denn mit dem Untergang Montenegros in diesem Kriege ist gerade äußerlich ein weiteres bedeutendes Stück des Ansehens des ganzen Vierverbandes verloren gegangen. Auf die Vernichtung Serbiens folgte die Räumung Gallipolis und auf die Räumung Gallipolis jetzt die Eroberung Montenegros. Das alles hat sich in einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum abgespielt, und der Vierverband hat an Ansehen weiter erheblich verloren. Es ist klar, daß diese Folge von Niederlagen auch demoralisierend auf jene Truppen der Entente wirken muß, die ihre Stellungen auf anderen Kriegsschauplätzen noch behaupten.

Aber nicht nur in militärischer, sondern auch in politischer Beziehung dürften die österreichischen Erfolge in Montenegro, und besonders die eroberte Stellung an der Adria, nicht ohne Wirkung auf den Vierverband bleiben. In französischen Blättern kommt das schon zum Ausdruck. Namentlich die Pariser Presse äußert sich besorgt über das Schicksal Montenegros und läßt deutlich den Unwillen über Italien durchblicken. So schreibt Temps: Wir können uns keinen rechten Begriff machen von den Gründen, die Italien an der Hilfeleistung gehindert haben sollten. Selbst unter Nichtachtung der Gründe des Gefühls, die es ihnen fast zur Pflicht hätten machen sollen, wäre es in ihrem eigensten Interesse gewesen, die Oesterreicher sich nicht an der Adria ausbreiten zu lassen . . .

Und Hervé jammert in seinem Blatte, daß der Vierverband überall zu spät komme: „. . . Niemals haben wir da, wo es zur Stunde nötig ist, ein Operationsheer, um gegen den Feind Schläge zu führen; wir halten nicht genug Truppen, um die Dardanellen zu bezwingen. Wir konnten nicht rechtzeitig ein paar hunderttausend Mann finden, um Serbien zu retten. Heute sind wir aus Mangel an 20 000 Mann auf dem Wege, die Montenegriner vernichten zu lassen. Wann endlich werden wir aus diesen grausamen Lektionen lernen? Heda, ihr Freunde in Italien, schlaft ihr?"

Am größten ist naturgemäß die Bestürzung, Erregung und Ratlosigkeit in Italien. Man ist von dem österreichischen Vormarsch in Montenegro förmlich überrascht worden. Major a. D. Morath meint im B. Z.: „Es ist sicher bis in den italienischen Generalstab hinein angenommen, daß mindestens bis zum Frühjahr Montenegro unbelästigt bleiben würde. Mit der Zeit wollte man alles gewinnen. Jetzt sieht man sich vor demselben Irrtum, wie damals, als man mit der Kampfzeit am Isonzo rechnete und nach dem Durchbruch in Wien einrücken wollte. Jetzt, wo alles anders gekommen ist, möchte man die entstandene Gefahr ersticken, die Gefahr, welche durch die erweiterte Beherrschung der Adria von seiten Oesterreich-Ungarns entstehen wird."

Wenn noch etwas für Italien zu retten ist, so soll das in Albanien gerettet werden. Allzu großen Hoffnungen scheint man sich aber auch hier nicht hinzugeben, und sehr zuversichtlich klingen in dieser Hinsicht die italienischen Preßäußerungen gerade nicht. Ohne die Hilfe Essad Paschas glaubt man überhaupt nichts erreichen zu können, und so klingt es gar nicht so unwahrscheinlich, daß man sich seine militärische Unterstützung durch das Angebot der „albanischen Königskrone" sichern wolle. — Angenommen, diese Meldung hätte ihre Richtigkeit: ob der schlaue Essad Pascha wohl diesen mageren Köder anbeißen wird?! Wahrscheinlicher als diese Annahme scheint uns schon die Möglichkeit, daß die Oesterreicher nach Valona marschieren und in Albanien zum mindesten eine gleich gute Aufnahme finden werden, wie die Italiener. Dieser Ansicht ist auch der Mailänder Secolo, wenn er schreibt, daß in Albanien „gar zu viele seit Jahren die Möglichkeit herbeiwünschen, an der Seite der Oesterreicher zu kämpfen."

Und in der Tat: es gibt von altersher in Albanien ganze Stämme und Gegenden, die mit Oesterreich sympathisieren und umgekehrt einen alten Haß auf Italien haben. Die italienische Stellung in Albanien ist deshalb aufs schwerste erschüttert, und wenn es mit dieser erschütterten Stellung schließlich seine ganze Position an der Adria verliert, so ist das nicht bloß von militärischer Bedeutung für Italien und damit für die Entente, sondern auch von größter politischer Bedeutung für die innere Lage in Italien. Man weiß, wie die italienische Bevölkerung in Stimmung und Gefühl von der Höhe in die Tiefe fällt und es besteht die große und gute Hoffnung, daß die Massen der italienischen Bevölkerung, deren besten Kern die Sozialisten bilden, die von Anfang an gegen das Eingreifen Italiens in den Weltkrieg waren, aus dieser veränderten militärischen und moralischen Lage auch Italiens die innerpolitischen Konsequenzen ziehen werden. Damit würde der Erfolg der österreichisch-ungarischen Truppen in Montenegro und die Wirkung auf Albanien auch von einer unermeßlichen Konsequenz für den ganzen Weltkrieg werden können und in diesen furchtbaren Stunden in mehr als einer Hinsicht einen erfreulichen Lichtblick bedeuten.

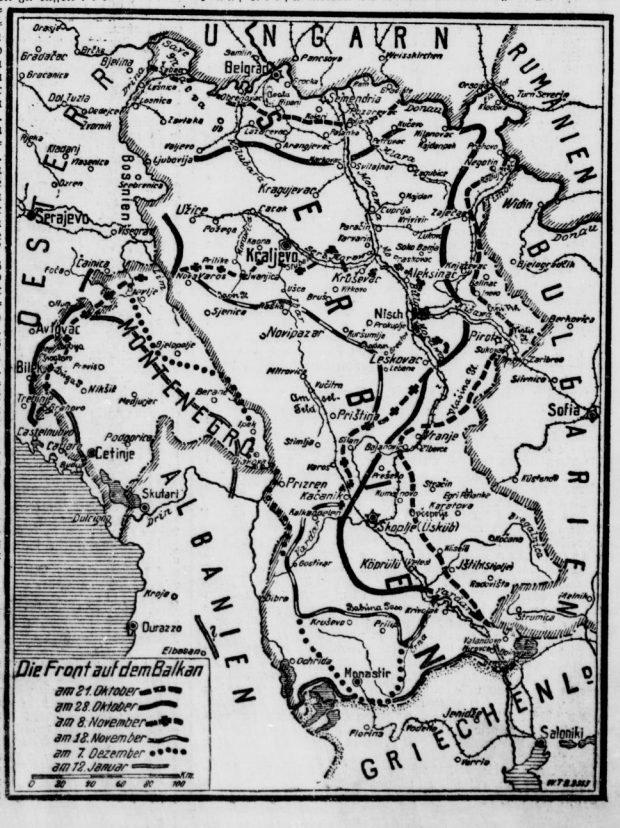
Die serbischen und montenegrinischen Staatsbehörden flüchten aus Skutari. Die montenegrinische Staatsbank ist auf dem Wege nach Durazzo. — Mittelbar wird aus Mailand gemeldet: Die fremden Konsuln in Skutari verlegten ihre Amtssitze nach Alessio in Albanien.

•

Die Vergewaltigung Griechenlands.

Die Besetzung von Korfu ist nach italienischen Blättern „ein Faustpfand für die Beibehaltung der Neutralität Griechenlands". Andernfalls würde der Vertrag von 1863 über die jonischen Inseln außer Kraft gesetzt, und Griechenland verliere die Insel. — Gibt es überhaupt noch Verträge, die dieser Krieg nicht „außer Kraft gesetzt" hat?! Uebrigens: Griechenland könnte die Insel doch höchstens dann verlieren, wenn der Vierverband siegen würde.

Zu der Landung der französischen Truppen auf Korfu melden die Central News, daß insgesamt 1200



Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219160115-16/fragment/page=0001

Mannfranzösische Marineinfanterie ausgeschifft worden seien. Die Genieoffiziere begannen sofort mit der Errichtung von Baracken und Zeltlagern. Wie es heißt, beläuft sich die Zahl der aus Albanien nach Korfu gebrachten serbischen Soldaten auf 26 000 Mann. — Nach Berichten aus Saloniki hat die Entente „zur Unterstützung der militärischen Operationen" auf allen besetzten griechischen Inseln eigene Zivilverwaltung eingesetzt.

Der Belagerungszustand soll in den griechischen Hafenstädten verkündet worden sein.

Der Kampf um die Wehrpflicht.

Der Ausgang des Kampfes um Einführung der Dienstpflicht in England ist nicht zweifelhaft. Die Regierung setzt ihren Willen durch. Jedoch wird das Prinzip vorerst in recht schüchterner Weise durchgeführt, weil die Regierung mit der Unzufriedenheit der Arbeiter rechnen und den Arbeiterorganisationen daher Konzessionen machen muß. Die Lage ist nun so, daß erstens ganz Irland von der Wehrpflicht ausgenommen bleibt. Ebenso werden alle Verheirateten in England vollständig ausgenommen. Nur die Unverheirateten werden zunächst zur Dienstpflicht gezwungen. Da das Gesetz bereits in zweiter Lesung im Unterhaus angenommen ist, steht seine Durchführung außer allem Zweifel.

Wichtig bleibt nur noch die Stellung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Die drei Arbeiter-Minister, die als Führer der Arbeiterpartei in der Regierung sitzen, haben ihren Rücktritt wieder — zurückgenommen; sie bleiben in der Regierung. Henderson hat im Unterhaus eine warme Verteidigung der Wehrpflicht unternommen. Aber die Opposition der Arbeiter im Lande ist noch nicht so schnell beseitigt. Nach dem Daily Telegraph ergaben sich bei den Abstimmungen der Bergarbeiterverbände über die Dienstpflichtbill 720 000 Stimmen dagegen und 40000 Stimmen dafür. Demgemäß beschloß der ausführende Ausschuß, in der nationalen Konferenz eine Entschließung vorzulegen, die den schärfsten Widerstand gegen die Bill und gegen jede Form des Dienstzwanges ankündigt. Aber diese Opposition will sich erst nach Erledigung der Bill durchsetzen — was praktisch schon die Kapitulation vor der Wehrpflicht bedeutet.

Ministerpräsident Asquith hat auf der Konferenz mit den Mitgliedern der Arbeiterpartei neben der Versicherung, daß das Gesetz keinen industriellen Dienstzwang einleitet, auch noch erklärt, daß man niemals verheiratete Männer zum Heeresdienste zwingen werde und daß das Gesetz nur für die Kriegsdauer in Kraft bleiben solle. Im Unterhause teilte Asquith mit, die Regierung beriet schon über die erforderlichen Bürgschaften. — Daß dies alles Täuschungen bleiben müssen, wird die Entwicklung der Dinge erweisen. Der Schritt kann nicht mehr zurück gemacht werden, er hat im Gegenteil weitere im Gefolge.

In der Debatte über die Bill sagte der Minister Henderson, er wisse von Kitchener und vom Generalstab, daß nicht nur die angemeldeten Unverheirateten und Verheirateten, sondern auch der ganze Rest von 650 000 Mann, die sich bisher auf Derbys Werbung nicht gemeldet hätten, gebraucht werden würden, und auch dann noch würden durch weitere Freiwilligenanwerbungen Soldaten beschafft werden müssen.

Der Baralong-Fall.

Die deutsche Regierung droht mit Vergeltungsmaßnahmen.

Berlin, 14. Januar. (Amtlich.) Auf die seinerzeit veröffentlichte Denkschrift der deutschen Regierung über die Ermordung der Besatzung eines deutschen Unterseebootes durch den Kommandanten des britischen Hilfskreuzers Baralong, hat die britische Regierung durch Vermittlung der amerikanischen Botschaft in Berlin eine Note gesandt, auf die die deutsche Regierung folgende Antwort erteilte:

Die Britische Regierung hat die deutsche Denkschrift über den Baralong-Fall dahin beantwortet, daß sie einerseits die Richtigkeit der ihr von der Deutschen Regierung mitgeteilten Tatsachen in Zweifel zieht, andererseits gegen die deutschen Streitkräfte zu Lande und zu Wasser den Vorwurf erhebt, vorsätzlich ungezählte Verbrechen wider das Völkerrecht und die Menschlichkeit begangen zu haben, die keine Sühne erfahren hätten und denen gegenüber die angebliche Straftat des Kommandanten und der Mannschaft der Baralong völlig zurücktrete. Für diesen Vorwurf hat die Britische Regierung keinerlei Beweise beigebracht, sondern sich darauf beschränkt, ohne Mitteilung irgendwelcher Belege drei im Seekrieg vorgekommene Einzelfälle anzuführen, wo deutsche Offiziere völkerrechtswidrige Grausamkeiten verübt haben sollen. Die Britische Regierung schlägt vor, diese Fälle durch einen aus amerikanischen Marineoffizieren bestehenden Gerichtshof untersuchen zu lassen, und ist unter dieser Voraussetzung bereit, dem bezeichneten Gerichtshof auch den Baralong-Fall zu unterbreiten.

Die Deutsche Regierung legt die schärfste Verwahrung ein gegen die unerhörten und durch nichts erwiesenen Anschuldigungen der Britischen Regierung gegen die deutsche Armee und die deutsche Marine sowie gegen die Unterstellung, als ob die deutschen Behörden etwaige zu ihrer Kenntnis gelangenden Straftaten solcher Art unverfolgt lassen. Die deutsche Armee und die deutsche Marine beobachten auch im gegenwärtigen Kriege die Grundsätze des Völkerrechts und der Menschlichkeit, und die leitenden Stellen halten streng darauf, daß alle dagegen etwa vorkommenden Verstöße genau untersucht und nachdrücklich geahndet werden.

Auch die drei von der Britischen Regierung aufgeführten Fälle sind seinerzeit durch die zuständigen deutschen Behörden einer eingehenden Untersuchung unterzogen worden. . . . In allen drei Fällen hatten es die deutschen Seestreitkräfte nur auf die Zerstörung der feindlichen Schiffe, keineswegs aber auf die Vernichtung der sich rettenden wehrlosen Personen abgesehen; die entgegenstehenden Behauptungen der Britischen Regierung müssen mit aller Entschiedenheit als unwahr zurückgewiesen werden.

Das Ansinnen der Britischen Regierung, die erwähnten drei Fälle gemeinsam mit dem Baralong-Fall durch einen aus amerikanischen Marineoffizieren gebildeten Gerichtshof untersuchen zu lassen, glaubt die Deutsche Regierung als unannehmbar ablehnen zu sollen. Sie steht auf dem Standpunkt, daß die gegen Angehörige der deutschen Streitmacht erhobenen Beschuldigungen von den eigenen zuständigen Behörden untersucht werden müssen, und daß diese jede Gewähr für eine unparteiische Beurteilung und gegebenenfalls auch für eine gerechte Bestrafung bieten. Ein anderes Verlangen hat sie auch gegenüber der Britischen Regierung in dem Baralong-Falle nicht gestellt, wie sie denn keinen Augenblick zweifelt, daß ein aus britischen Seeoffizieren zusammengesetztes Kriegsgericht den feigen und heimtückischen Mord gebührend ahnden würde. Dieses Verlangen war aber auch um so berechtigter, als die der Britischen Regierung vorgelegten eidlichen Aussagen amerikanischer, also neutraler Zeugen, die Schuld des Kommandanten und der Mannschaft der Baralong so gut wie außer Frage stellen.

Die Art, wie die Britische Regierung die deutsche Denkschrift beantwortet hat, entspricht nach Form und Inhalt nicht dem Ernste der Sachlage und macht es der Deutschen Regierung unmöglich, weiter mit ihr in dieser Angelegenheit zu verhandeln. Die Deutsche Regierung stellt daher als Endergebnis der Verhandlungen fest, daß die Britische Regierung das berechtigte Verlangen auf Untersuchung des Baralong-Falles unter nichtigen Vorwänden unerfüllt gelassen und sich damit für das dem Völkerrecht wie der Menschlichkeit hohnsprechende Verbrechen selbst verantwortlich gemacht hat. Offenkar will sie den deutschen Unterseebooten gegenüber eine der ersten Regeln des Kriegsrechts, nämlich außer Gefecht gesetzte Feinde zu schonen, nicht mehr innehalten, um sie so an der Führung des völkerrechtlich anerkannten Kreuzerkrieges zu verhindern.

Nachdem die Britische Regierung eine Sühnung des empörenden Vorfalls abgelehnt hat, sieht sich die Deutsche Regierung genötigt, die Ahndung des ungesühnten Verbrechens selbst in die Hand zu nehmen und die der Herausforderung entsprechenden Vergeltungsmaßnahmen zu treffen.

Kriegswirtschaft und Finanzwesen.

Die neuen Steuerpläne sind vorläufig noch in Dunkel gehüllt, doch werden hier und da Fühler ausgestreckt, Andeutungen gemacht, und es dürfte angebracht sein, diese Pläne rechtzeitig zu würdigen.

Abg. v. Zedlitz deutete im Tag an, daß die Regierung die Einnahmen aus dem Postregal zu erhöhen wünscht, und die offiziöse Parteilose politische Korrespondenz bestätigt es. Während aber der freikonservative Politiker nur von einer Erhöhung der Telegrammgebühren sprach, läßt die offiziöse Nachrichtenstelle durchblicken, daß auch die Telephongebühren und das Briefporto verteuert werden sollen. Sehen wir zu, was das volkswirtschaftlich zu bedeuten hat.

Die Verstaatlichung des Postbetriebes war eine Notwendigkeit, und es ist undenkbar, daß eine andere Ordnung eingeführt werden könnte. Aber alle Finanzpolitiker sind sich auch darüber einig, daß das Postregal nicht zu fiskalischen Zwecken mißbraucht werden soll. Die Ausdehnung des Postverkehrs ist ein so wichtiger Kulturfaktor, daß alles geschehen muß, um diesen Vorteil auszunützen. Voraussetzung ist aber, daß dieser Verkehr möglichst billig ist. — In Deutschland fand das Postwesen in Stephan einen vorzüglichen Organisator, und dieser tüchtige Fachmann hielt unverbrüchlich an dem Grundsatze fest, daß der Postverkehr immer mehr verbilligt werden muß. Gerade dadurch wurde die deutsche Post vorbildlich. Heute kann man das kaum mehr behaupten, denn in den letzten zwanzig Jahren hat das Postwesen in manchen Ländern sich fortschrittsfreudiger gezeigt als in Deutschland, weil hier eingesandenermaßen die Furcht vor Verminderung der Einnahmen den Fortschritt hemmte. Vom finanziellen Standpunkte betrachtet fuhr das Reich beim Stephanschen System nicht schlecht. Die Postverwaltung warf 1872 einen bescheidenen Ueberschuß von elf Millionen Mark ab und die sprungweise Ausdehnung des Verkehrs, die eben der Billigkeit der Portosätze zu danken war, ließ diesen Ueberschuß beständig steigen. Im Jahre 1912 betrug er im gesamten Reiche (Reichspost, bayrisches und württembergisches Postgebiet) über 118 Millionen Mark.

Es wäre ein seltsamer Widerspruch, wenn just unter der Leitung der Reichsfinanzen durch einen Mann, der aus dem Geschäftsleben kommt, mit dem bewährten System gebrochen werden sollte und aus fiskalischen Gründen die Postgebühren erhöht würden.

Ob dabei das Ziel erreicht werden würde, steht noch sehr dahin. Wohl ist anzunehmen, daß durch eine Erhöhung der Portosätze für Briefe, Drucksachen und Pakete, der Gebühren für Telegramme und Ferngespräche die Einnahmen in die Höhe schnellen, aber es ist auch leicht möglich, daß dann die Ausdehnung des Verkehrs nicht mehr im gleichen Tempo fortschreitet, und dann wird das unablässige, von Jahr zu Jahr fast automatisch sich vollziehende Steigen der Ueberschüsse aufhören.

Welche volkswirtschaftliche Wirkung würde nun eine Verteuerung des Verkehrs haben?

Die Zahl der Briefe, die eine Arbeiterfamilie versendet, ist nicht gar so groß und ein Telegramm verwendet der Arbeiter und vollends die ängstlich sparsame Arbeiterfrau nur in allernotwendigsten Fällen. Eigentlich zu Unrecht; denn in vielen Fällen würde die Ausgabe von fünf Groschen für ein Telegramm Aufregung, Sorge und Aerger ersparen, auch direkte Kosten und Zeitverlust. Die Verteuerung des Verkehrs würde immerhin auch für die Arbeiterfamilien eine kleine Mehrausgabe pro Jahr bedeuten. Gerade hier würde aber die Zahl der Briefe und Telegramme, die dem privaten Verkehr dienen, zurückgehen.

In erster Linie wird natürlich die Geschäftswelt getroffen. Eine Abwälzung der Mehrkosten auf die Kundschaft ist nicht gerade wahrscheinlich, dazu sind die Beträge zu gering. Es wird das „Spesen-Konto" belastet, was die Reineinnahme entsprechend verringert. Die Spesen für Porto, Telegramme und Fernsprüche spielen in den einzelnen Geschäftszweigen eine verschiedene Rolle. Am größten sind sie im Bankgewerbe und in jenen Zweigen des Handels, wo der Verkehr sich hörenmäßig vollzieht, also schnelle Abschlüsse auf telegraphischem Wege üblich sind. Ferner bei den sog. Versandgeschäften, die den Detailhandel im großen durch direkten Verkehr mit der Kundschaft betreiben. Nun liegen aber die Dinge im allgemeinen so, daß die Großbetriebe eine Erhöhung der Spesen leicht, die Kleinbetriebe sehr schwer tragen können. Wenn eine Großbank 100 000 Mk. mehr Spesen im Jahre hat, so übt das auf das Geschäftsergebnis so gut wie gar keinen Einfluß aus; für einen kleinen Privatbankier kann die Erhöhung der Spesen von ein paar tausend Mark bereits eine schwere Belastung sein, die seine Konkurrenzfähigkeit beeinträchtigt. Aehnlich beim großen und kleinen Getreide- oder Produktenhändler. Oder nehmen wir den Zeitungsbetrieb, wo die Ausgaben für Telegramme eine ansehnliche Rolle spielen. Die großen Inseratenplantagen werden eine neue Belastung zu tragen wissen, manches kleine Blatt wird sparen müssen und dadurch noch mehr ins Hintertreffen geraten.

Eigentümlicherweise wird in der offiziellen Auslassung auf den Rückgang der Einnahmen der Postverwaltung während des Krieges verwiesen, angeblich um 156 Millionen Mark. Das ist ein ganz natürlicher Vorgang, wo der geschäftliche Verkehr vollkommen darniederliegt und die Hälfte des privaten Briefverkehrs durch die Feldpost kostenlos erledigt werden muß. Während des Krieges wird die Erhöhung der Gebühren kaum nennenswerte Beträge einbringen.

Schwer ins Gewicht muß ferner die Erwägung fallen, daß aller Voraussicht nach die Zeit nach dem Kriege wirtschaftlich die Zeit schwerer Depression sein wird. Gerade da der Verkehr verteuert, heißt den wirtschaftlichen Wiederaufbau in schädlichster Weise erschweren. Schon dieser Grund allein sollte von dem gefährlichen Experiment abhalten.

Als ein weiteres Mittel, den Reichsfinanzen aufzuhelfen, wird die Erhöhung der Steuer auf Tabak, Zigarren und Zigaretten propagiert.

Es zeugt nicht gerade von Geist und Initiative, wenn in diesem ausgefahrenen Gleis weitergerutscht wird. Seit der Tabakgenuß sich in der Kulturwelt verbreitete, haben die Regierungen die Raucher besteuert, und noch jedesmal, wenn ein Staat in Finanznoten war, hat man vor allem hier die Steuerschraube angezogen. Er trägt sich aber, ob dieses Mittel zurzeit anwendbar ist ohne sehr ernsthafte Gefahren. Es kommen da verschiedene Dinge in Betracht.

Erstens ist im letzten Jahrzehnt der Steuerdruck gewaltig erhöht worden. 1906 wurde eine sehr hohe Zigarettensteuer eingeführt, während bis dahin nur der Zigarettentabak einem hohen Zoll unterworfen war, und die Tabakgewichtssteuer erhöht. 1909 wurde die Inlandssteuer von 45 auf 57 Mk. pro Doppelzentner erhöht und zu dem Auslandszoll ein „Wertzuschlagszoll" im Betrage von 40 Prozent des Preises eingeführt, die Zigarettensteuer abermals erhöht. Diese Belastung war so groß, daß 1909 mit einer Abnahme des Konsums gerechnet werden mußte und ein Betrag zur Unterstützung der arbeitslos werdenden Tabakarbeiter in dem Steuergesetz vorgesehen werden mußte. Die Folgen dieser scharfen Belastung hatte die Tabakindustrie bei Ausbruch des Krieges noch keineswegs überwunden.

Zweitens ist die Lage zurzeit besonders prekär. Die meisten Raucher sind im Felde, also erwerbslos. Die Mittel zur Befriedigung des Rauchbedürfnisses sind daher knapp und der Verbrauch geht zurück. Jede weitere Verteuerung der Tabakerzeugnisse muß also ungünstig auf den Absatz einwirken.

Drittens leidet auch der Rohtabakmarkt unter der Absperrung Deutschlands vom überseeischen Verkehr. Die in Deutschland lagernden Vorräte sind ziemlich aufgebraucht, neue Sendungen von Zigarrentabak gehen nur über Holland ein. Die holländischen Händler nützen diese Lage selbstverständlich aus und erhöhen den Preis. Da überdies der Wechselkurs gesunken ist, hat der deutsche Importeur noch an 30 Prozent Kursverlust beim Kauf zu tragen. Ungeachtet der Steuer haben daher die Zigarrenhändler bereits eine generelle Erhöhung der Preise beschlossen. Auch mit den Zigarettentabaken ist es nicht anders. Diese werden aus dem Orient eingeführt und die Zufuhr war nur aus Rumänien, Bulgarien, der Türkei und Bosnien möglich. Aber die Hauptsache ist, daß sie eben nur bei Bahntransport möglich war, und dieser verteuert die billigen Sorten derart, daß ihr Preis bald nach Ausbruch des Krieges fast um das dreifache bei unverzollter und unversteuerter Ware stieg. Zeitweise waren überhaupt keine neuen Zufuhren am Markt und der Preis wurde dann noch mehr getrieben. Auch mit Zigarettenpapier hat es Schwierigkeiten: die besten Sorten werden aus Frankreich bezogen, und als diese Zufuhr ausblieb, wurde die Ware recht knapp, da die deutschen Fabriken angesichts des Mangels geeigneter Rohstoffe die Produktion nicht aufnehmen können.

Die beiden letzten Umstände bewirken also, daß während des Krieges die Lage der Tabakindustrie Deutschlands im hohen Grade ungünstig ist. Wird nun durch Erhöhung der Zölle und Steuern das Produkt weiter in erheblichem Maße verteuert, so wird unfehlbar der Absatz noch mehr zurückgehen und unausbleibliche Folge wird dann sein, daß die Produktion eingeschränkt wird und eine starke Arbeitslosigkeit in der Tabakindustrie einsetzt.

Da sollte man denn doch von derartigen Steuerplänen Abstand nehmen. An der Kalamität in der Textilindustrie, deren Arbeiter zu vielen Tausenden unterstützt werden müssen, weil ihnen jede Erwerbsmöglichkeit abgeschnitten ist, haben wir genug. Es wäre unverzeihlich, wenn man eine zweite Industrie, die sich gerade noch über Wasser hält, durch fiskalische Maßnahmen lahmlegen und Tausende von Arbeiterfamilien während des Krieges brotlos machen wollte.

Ums tägliche Brot.

Doch eine Erhöhung der Kartoffelpreise?

Im Berliner Tageblatt lesen wir:

„Nach unseren Erkundigungen besteht Grund zu der Annahme, daß die vom Bundesrat beabsichtigte Erhöhung der Kartoffelpreise, wenn sie erfolgt, sich in mäßigen Grenzen halten wird. Zunächst dürfte aber überhaupt keine Erhöhung der jetzt geltenden Höchstpreise in Frage kommen, es dürfte vielmehr lediglich die Kartoffelstelle das Privileg erhalten, für ihren Bedarf, d. h. für Zwecke des Reiches und des Staates, sowie der Kommunen, höhere als die jetzigen Höchstpreise anzulegen. Vermutlich werden zu gleicher Zeit auch Maßnahmen getroffen werden, um eine baldige und ausreichende Versorgung des Marktes mit Speisekartoffeln in allen Teilen des Reiches sicherzustellen. Zu diesem Zwecke dürfte u. a. auch die Ausdehnung der Beschlagnahmebefugnis der Kommunen in Frage kommen, um zu verhüten, daß größere Vorräte beim Erzeuger oder beim Händler zurückbehalten werden."

Also scheinen die Agrarier und Spekulanten ihren Willen doch durchgesetzt und ihre Kartoffeln nicht zwecklos zurückgehalten zu haben. Wie viele Hunderttausende mag dieser Bundesratsbeschluß dem deutschen Volke wieder kosten?! Und ob die Kartoffeln nach der Preiserhöhung reichlicher zu Markt gebracht werden, bezweifeln wir. Es wird solange als möglich auf noch höhere Preise spekuliert, bis schließlich die Kartoffeln — verfaulen oder den Spritfabriken überliefert werden müssen.

Herabsetzung der Brotration in Berlin.

In Uebereinstimmung mit den zur Brotkartengemeinschaft zusammengeschlossenen Gemeinden und Gutsbezirken hat der Magistrat Berlin am Freitag die Portion der Hauptbrotkarte auf 1900 Gramm festgesetzt, die Gesamtportion daher um 50 Gramm beschränkt. Da die Erfahrung gezeigt hat, daß das im Handel übliche Roggenbrot am zweckmäßigsten mit der Portion der Brotkarte in Uebereinstimmung gebracht wird, ist auch das für dieses Brot vorgeschriebene Gewicht auf 1900 Gramm festgesetzt worden. Hieraus ergab sich wiederum die Notwendigkeit einer Preisermäßigung für dieses Brot von 80 auf 78 Pf. — In einer Konferenz der Berliner Brotkartengemeinschaft wurde auch beschlossen, die Ration der Zusatzbrotkarten von 500 Gramm auf 350 Gramm herabzusetzen. Hierüber scheint der Magistrat noch nichts beschlossen zu haben. Die neuen Bestimmungen sollen nach dem Beschluß der Konferenz am 1. Februar in Kraft treten.

Der Magistrat nahm auch Stellung zu den Angriffen, die der Vorsitzende des Kuratoriums und des Direktoriums der Reichsgetreidestelle im Reichstag gegen die Städte, insbesondere gegen Berlin, gerichtet hat. Der Magistrat stellt fest, daß die Behauptung des Leiters der Reichsgetreidestelle, die Zahl der Berliner Zusatzbrotkarten gebe über die Absicht der Reichsgetreidestelle hinaus, mit den Tatsachen nicht vereinbar ist. Schon der Erlaß der Reichsgetreidestelle vom 26. Juni 1915 empfiehlt ausdrücklich, daß die Zusatzbrotkarte jedem über zwölf Jahre alten Einwohner ohne Unterschied des Geschlechts mit einem eigenen Arbeitseinkommen bis zu 2500 Mk. oder bis zu 3000 Mk. zuteil werden solle. Das würde für Berlin nach genauer statistischer Schätzung eine Zahl von mindestens einer Million Zusatzbrotkarten ausmachen. Die Zahl der Berliner Zusatzbrotkarten, welche die im Reichstage angegebene von 700 000 übrigens auch nicht annähernd erreicht, bleibt also sehr weit hinter dem zurück, was die Reichsgetreidestelle schon im Juni, also drei Monate vor Erhöhung der Mehlrate als das richtige bezeichnete.

Politische Uebersicht.

Zu den preußischen Steuerzuschlägen.

Der Gesetzentwurf betreffend die Ergänzung der Zuschläge zur Einkommen- und Ergänzungssteuer ist am Donnerstag abend dem Abgeordnetenhause zugegangen. Die neuen Steuerzuschläge sollen für die Zeit vom 1. April bis zum Beginn desjenigen Etatsjahres gelten, für welches ein nach Abschluß des Friedens mit den europäischen Großmächten aufgestellter Etat in Kraft tritt. Während der Dauer der Erhöhung der Zuschläge soll am Schluß eines jeden Etatsjahres aus dem Gesamtaufkommen an Einkommensteuer und an Ergänzungssteuer ein Betrag von 100 Millionen Mark entnommen und zur Deckung der Fehlbeträge des Etatsjahres 1914 und der nächstfolgenden Etatsjahre verwendet werden. Aus der Begründung geht hervor, daß die Regierung auf eine Einnahme von rund 100 Millionen Mark aus den erhöhten Zuschlägen rechnet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191601 15-16/fragment/page=0002

Der preußische Etat.

Dem Vorbericht zum preußischen Staatshaushaltsetat für 1916 entnehmen wir:

Der Etat schließt in Einnahme und Ausgabe mit 4 810 431 641 Mark ab, die Schlußsumme ermäßigt sich gegen den Etat des laufenden Jahres um 5 982 288 Mark. Einnahmen und Ausgaben halten ohne Anleihe das Gleichgewicht. (Infolge der Begrenzung des für allgemeine Staatszwecke verwendbaren Reinüberschusses der Eisenbahnverwaltung auf 2,10 Prozent des statistischen Anlagekapitals ist im Etat der Eisenbahnverwaltung als Rücklange in den Ausgleichsfonds die Summe von 485 807 Mk. in Ansatz gebracht.)

Abgesehen von der Rücklage in den Ausgleichsfonds stellen sich für das Etatsjahr 1916

die ordentlichen Einnahmen auf	4 800 665 166 Mk.
die dauernden Ausgaben auf	4 609 289 642 Mk.
der Ueberschuß im Ordinarium auf	191 375 524 Mk.
die außerordentlichen Einnahmen auf . .	9 766 475 Mk.
die einmaligen und außerordentlichen Ausgaben auf	200 656 692 Mk.
der Zuschuß im Extraordinarium auf	190 890 217 Mk.

Der Ueberschuß im Ordinarium übersteigt mithin den Zuschuß im Extraordinarium um . . . . . 485 307 Mk. und diese Summe entspricht der Rücklage in den Ausgleichsfonds.

Im § 3 des Etatsgesetzes ist dem hervorgetretenen Bedürfnisse entsprechend als Betrag, bis zu dem zur vorübergehenden Verstärkung des Betriebsfonds der Generalstaatskasse Schatzanweisungen ausgegeben werden dürfen, der Betrag von drei Milliarden Mark (gegen 1915 mehr 1½ Milliarden) eingesetzt worden.

Abänderung des Knappschafts-Kriegsgesetzes.

Ein Antrag auf Aenderung des Gesetzentwurfs, betreffend Ergänzung des Knappschaftskriegsgesetzes, hat die sozialdemokratische Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses eingebracht. Nach § 8 des genannten Gesetzes dürfen Militärpensionen, die aus Anlaß des Krieges gezahlt werden, nicht auf Invalidenpensionen angerechnet werden. Der Antrag wünscht nun eine Aenderung des Gesetzes dahin, daß Militärpensionen nicht nur auf Invalidenpensionen, sondern auch auf knappschaftliche Pensionskassenleistungen überhaupt nicht angerechnet werden dürfen.

Verbotene Generalversammlung der Bündler.

Die Abhaltung der Generalversammlung des Bundes der Landwirte ist auch in diesem Jahre nicht gestattet, da eine Störung des Burgfriedens, insbesondere durch die vorherige Agitation für die Generalversammlung im Reiche befürchtet wird.

Die Zukunft des russischen Schnapsverbotes.

In der Budgetkommission der Reichsduma gab es eine sehr lebhafte Debatte über die Zukunft des Schnapsverbotes. Vertreter aller Parteien, mit Ausnahme der Rechten, äußerten Befürchtungen, die Regierung könnte nach dem Kriege umfallen und wieder zum Schnapsverkauf zurückkehren. Besondere Bedenken ruft die Tatsache hervor, daß die Schnapsvorräte der Regierung immer anwachsen, und daß Lieferungsverträge mit den Brennern nach wie vor abgeschlossen werden. Ueber zehn Millionen Hektoliter lagern jetzt schon. Die Aufrichtigkeit der Regierungserklärung wurde allseitig angezweifelt. Demgegenüber erklärte der Finanzminister Bark wiederum feierlichst, daß das Schnapsverbot für immer seine Geltung behalten, daß an dessen Aufhebung nicht gedacht werde. Unser Genosse Tscheidse verlangte, daß die Duma sich endlich zu Taten aufraffen möchte. Dazu müsse die Duma aus eigener Initiative ein Gesetz schaffen, welches das Schnapsverbot für immer proklamieren würde. — Die Kommission nahm schließlich eine Resolution an, in der von der Regierung die Vorlage eines derartigen Gesetzes gefordert wird.

80 v. H. Einkommensteuer für die Reichen?

Am 21. Dezember 1915 hielt Lord Courtney im Oberhaus eine eindrucksvolle Rede, die — wie New Statesman vom 25. Dezember 1915 beklagt — unglücklicherweise von der Presse durchaus nicht vollständig wiedergegeben wurde. Feierlich wies er darauf hin, daß England seine beispiellosen finanziellen Aufwendungen nicht weitermachen könne, falls die Nation nicht ihre persönlichen Ausgaben auf die Hälfte herabsetze. Die Peers nahmen diese Mahnung kalt auf, ebenso wie Courtneys Hinweis auf das Bedürfnis, die direkten Steuern zu erhöhen. Er zeigte, daß Pitt, der mit Anleihen begann, schnell zu der Ueberzeugung kam, daß der Krieg aus Steuern bezahlt werden müsse. Das Kabinett müsse dieselbe Lehre annehmen.

Lord Courtney schlug eine Einkommensteuer von 20 Prozent auf ein Jahreseinkommen von 1000 Pfund jährlich vor, die gradweise steigen müsse bis auf 80 Prozent für Einkommen von über 100 000 Pfund.

„Der Mangel an Vorsicht, den die Regierung zeigte, als sie sich auf das ausschweifendste aller Abenteuer einließ — so bemerkte Lord Courtney —, hat ihr Seitenstück nur in ihrem Mangel an Mut, für die finanzielle Unterstützung zu sorgen. Wird das Reden so lange dauern, bis es „zu spät" ist?"

Zur ukrainischen Frage.

Ueber die ukrainische oder ruthenische Frage ist in den Kriegsmonaten in der deutschen und österreichischen Presse außerordentlich viel geschrieben worden. Das tragische Schicksal der Ruthenen Galiziens, deren Angliederung an Rußland eingestandenermaßen eines der Ziele der russischen Politik in diesem Kriege bildete, hat das ukrainische Problem in seinem ganzen Umfange aufgerollt. Früher vollkommen unbeachtet, ist das Schicksal des 30 Millionen starken Ruthenenvolkes (von dem nur ein kleiner Teil in Galizien und in der Bukowina, die übergroße Mehrheit in Rußland lebt) in den Mittelpunkt weltpolitischer Betrachtungen gestellt worden, in denen die „Befreiung" des ukrainischen Volkes vom russischen Joche gefordert und die Propaganda des „Bundes zur Befreiung der Ukraine" und ähnliche Vereinigungen der galizischen Ruthenen unterstützt wurde. Welches Echo diese Propaganda in der russischen Ukraine fand, ist infolge der Unterdrückung der ukrainischen Presse so gut wie unbekannt geblieben. Nur indirekt konnte man aus gelegentlichen Aeußerungen und Polemiken in der russischen Presse, wie aus Kundgebungen verschiedener Vereinigungen einen gewissen Einblick in die Stimmungen und in die Lage des ukrainischen Volkes gewinnen. Einen solchen Einblick gewährt auch der „offene Brief", den der frühere Berliner Vertreter des ukrainischen Blattes Nada, G. Gassenko, der vor kurzem nach sechzehnmonatiger deutscher Gefangenschaft nach Rußland zurückkehrte, in dem Moskauer Blatte Rußkija Wedomosti zur Abwehr der gegen die Ukrainer verbreiteten Verleumdung veröffentlicht hat. Der Brief lautet in seinen wesentlichen Teilen:

„Ich höre und lese und beginne zu bedauern, daß ich nicht in der Gefangenschaft taub und blind geworden bin, um nicht zu hören und zu lesen, wie das ukrainische Volk in Rußland nicht bloß von der schwarzen Presse, sondern auch von etlichen „ernsten" russischen Politikern mit den abscheulichsten Lügen, gewissenlosesten Verleumdungen und schmutzigsten Anklagen überschüttet wird.

Man beschuldigt das Volk des Verrats, der Intrige, der Ablehr zu Oesterreich und Deutschland hin.

Man beruft sich auf . . . die Handlungen einzelner Personen, auf die Haltung des Bundes zur Befreiung der Ukraine, auf seine Telegramme an Kaiser Wilhelm und den Feldmarschall Mackensen, auf seine Deputation an den türkischen Sultan.

Man entrüstet sich darüber, daß die gefangenen Ukrainer von den Oesterreichern und Deutschen registriert und abgesondert worden seien, man behandele sie besser als die Russen, errichte für sie Schulen in ukrainischer Sprache und viele würden direkt in Freiheit gesetzt.

Der Minister des Aeußern, Ssasonow, hat sogar erklärt, „die ukrainische Volksbewegung sei das Ergebnis deutscher Intrigen".

Ich betrachte es als meine Pflicht, den Schleier von den Dingen dort zu entfernen, wo die Ukrainer angeblich mit den Feinden Rußlands „fraternisieren". . . . Ich erkläre kategorisch daß kein Gefangener befreit oder eine Erleichterung seiner Lage bloß, deshalb erzielt hat, weil er Ukrainer ist. Man hat die Ukrainer registriert (aber keineswegs abgesondert), wie man die Polen, Finnen, Esthen, Letten usw. aus rein statistischen Erwägungen registriert hat.

Ukrainische Schulen für Gefangene sind in der Tat vorhanden. Weshalb auch nicht? Dürfen denn die Ukrainer selbst in der Gefangenschaft keine eigenen Schulen haben, wie sie die Franzosen, Russen, Juden, Polen (im Lager Holzminden), Engländer (im Lager Ruhleben), wie ich mich selber überzeugen konnte, besitzen?

Was die Anschuldigungen gegen den Bund der Befreiung der Ukraine betrifft, so sollten die Ankläger berücksichtigen, daß es sich hier um österreichische Ruthenen handelt.

Was haben die russischen Ukrainer, damit zu schaffen? Und weshalb müssen die russischen Ukrainer für die Handlungen der österreichischen Ukrainer in einem internationalen Konflikt die Verantwortung tragen?

Tragen wir etwa die Schuld daran, daß man in unserem Namen handelt, ohne uns befragt zu haben?

Man wird mir entgegenhalten, wir hätten dagegen protestieren können. Richtig. Wie aber sollte das geschehen? Unsere Presse ist unterdrückt. Und unterdessen erfüllen hunderttausende russischer Ukrainer ehrlich ihre Pflicht als russische Staatsbürger, und viele, viele ukrainische Mütter beweinen bitterlich ihre Söhne, Männer, Brüder und Väter, die auf den Schlachtfeldern gefallen sind und ihr Leben für unsere gemeinsame Heimat geopfert haben. . . ."

Diese leidenschaftliche Anklage eines Sohnes des unterdrückten ukrainischen Volkes, die sicherlich in der russischen Oeffentlichkeit Beachtung finden wird, gewährt uns einen tiefen Einblick sowohl in die durch den Krieg noch unendlich schlimmer gewordene Lage der russischen Ukrainer, wie in ihre Haltung zu den Aktionen, die außerhalb Rußlands in ihrem Namen unternommen werden.

Amtliche Wetteransage.

Mitgeteilt von der Wetterdienststelle Ilmenau.

Sonntag, den 16. Januar: Wolkig, mild, zeitweise Regen.

*1582

Zu ganz
enorm billigen Preisen
sind in allen Abteilungen
gewaltige Warenmassen
zum Verkauf gestellt.

Besonders empfehlen:

Kleiderstoffe — Seidenstoffe — Teppiche — Gardinen — Tischdecken — Steppdecken — Schürzen — Damen-, Herren- u. Kinder-Wäsche — Handschuhe — Strümpfe Leinen- und Baumwollwaren — Gürtel — Taschen — Kinder-Mützen — Stickereien Seidenbänder — Damen- und Kinder-Bekleidung — konfektionierte Weisswaren garnierte Damen- u. Kinder-Hüte — Hutformen — Herren-Krawatten — Pelzwaren.

Beachten Sie unsere Schaufenster!

Geschäftshaus
J. LEWIN
Halle a. d. S., Marktplatz 2 u. 3.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219160115-16/fragment/page=0003

Sonnabend Sonntag Montag

Ausverkauf

Dienstag Mittwoch Donnerstag

Karbid-Kerzen-Brenner für jede Tisch- oder Hängelampe verwendbar, St. 2.00 **1.85**

nur in den erlaubten Abteilungen zu außerordentlich billigen Extra-Preisen.

Trag-Kiepen gut gearbeitet Stück 4.25 3.75 **3.50**

Glaswaren

Glasteller . . . . . Stück 12 **8**
Butterdosen . . Stück 55 38 **28**
Käseglocken . . . Stück 78 **48**
Grosse Kuchenteller, Stck. 95 **65**
Blumenvasen, dekor., Stück **60**
Weingläser, ff. . . . . Stück **25**
Toiletten-Garnitur, 5teilig **1.45**
Schüsseln, Satz 5 Stück . **1.25**
Kaffee-od. Zuckerbüchse, Stück **58**
Bierseidel, patr., Stck. 1.45 1.10 **95**
Bierbecher, patr., Stück 1.10 **40**
Gr. Kompottschüsseln, St. 95 78 **68**
Sturzflaschen m. Glas, St. 40 30 **25**
Bierkrüge, gross, Stück 75 **38**

Porzellan

Zuckerdosen . . . . Stück **20**
Butterdosen . . . Stück 45 **28**
Milchtöpfe . . . . Stück 28 **15**
Kaffeekannen . . Stück 75 **48**
Kuchenteller, bunt dk., St. 85 70 **60**
Tassen, dekoriert, Paar 30 25 **18**
Kaffeebecher, dek., Stück 28 **18**
Dessertteller, dek., Stück 25 **18**
Teekannen, dekor., Stück 48 **33**
Aschenschalen . . . . Stück **18**
Speiseteller, Kleedek., Stück **48**
Milchtöpfe, dek., Satz 68 Stck. **1.35**
Kaffeeservice, 5 teilig . . . **1.35**
Kaffeeservic., St., 4.25 2.75 2.45 **1.95**

Steingut

Obertassen . . . . . Stück 8 **6**
Kaffeebecher . . . Stück 12 **8**
Speiseteller . . . . Stück 12 **10**
Fettdosen . . . . Stück 45 **35**
Bierkrüge, Majolika . Stück **65**
Vorratstonnen . . 6 Stück **1.50**
Waschschüsseln, gr., St. 1.75 1.25 **95**
Waschkrüge, weiss, 75, bunt **1.25**
Salatieren, Satz 7 Stück 1.45 **1.25**
Weiße Salatieren, groß, Stück **38**
Blumenkübel, Majolika, St. 1.35 **65**
Salz- o. Mehlmest., Holzrand, St. **75**
Heringskästen . . . . Stück **95**
Nachtgeschirre, gross, Stück **45**

Emaille

Eimer . 28 cm 1.85, 22 cm **68**
Wannen, oval, St. 2.75 2.45 **1.95**

Schmortöpfe	14	16	18 cm
	70	**85**	**1.05**

Maschinentöpfe	14	16 cm
	68	**75**

Kaffeebecher	7	8	9 cm
	15	**20**	**25**

Runde weisse Schüsseln

25	30	32	34	36	38 cm
68	**75**	**80**	**95**	**1.15**	**1.35**

Konsole mit 1/2 Ltr.-Maß . . **68**
Wasserkessel, 20 cm . . . **1.45**

Bürstenwaren

Auftragbürsten, Stück 25 15 **10**
Schmutzbürsten, Stück 30 22 **18**
Glanzbürsten . Stück 75 68 **58**
Schrubber . . Stück 65 58 **45**
Hand-Waschbürsten, St. 25 20 **12**
Haarbürsten . . Stück 95 85 **60**
Kleiderbürsten . Stück 95 75 **65**
Strassenbesen, St. 1.95 1.65 **1.45**
Borsten-Handfeger, St. 1.25 1.10 **65**
Borst.-Kehrbesen St. 1.95 1.75 **1.35**
Roßhaar-Handfeg., St. 1.25 95 **65**
Roßhaar-Kehrbs., St. 1.95 1.75 **1.45**
Teppichbürsten, St. 1.25 95 **75**
Metallputztücher . . Stück **20**

Küchen-Holzwaren

Handtuchhalter . Stück 1.45 **95**
Eierschränke, St. 1.90 1.45 **1.25**
Schlüsselhalter, 5 Haken . . **48**
Fleischklopfer . Stück 45 36 **18**
Frühstückbrettchen, Stck. 12 **10**
Quirl-Garnitur, St. 3.75 2.45 **1.35**
Nudelrollen . . . Stück 60 **48**
Messerkasten . . Stück 1.35 **60**
Servierbretter, St. 2.25 1.25 **95**
Gewürz-Etageren, St. 2.50 95 **48**
Messerputzbänke, St. 65 45 **30**
Küchenrahmen, Stück 2.90 **1.35**
Küchenhocker, Stück 1.50 **1.35**
Wäschetrockner, Stück 1.35 **85**

Lackierte Blechwaren

Handleuchter . Stück 60 **48**
Kaffee- oder Zuckerbüchsen Stück 60 55 **30**
Semmel- od. Zwiebelbehälter Stück **60**
Topflappenbehälter, Stück **60**
Staubtuchbehälter, Stück **60**
Petroleumkannen, St. 1.35 **65**
Brotkapseln, Stück 3.75 **1.25**
Kohleneimer, Stück 1.85 **1.45**
Kohlenkast., engl., St. 3.75 **2.75**
Drahtmesserkörbe, Stück 75 **58**
Sand-Seife-Soda-Garnitur Stück **1.45**
Zeitungsh. f. alle Tage, St. **1.45**
Briefkasten, Stück 1.35 1.10 **65**
Bürstenbleche 5teil., St. **1.45**
Kammkasten . . Stück 38 **30**
Brotkörbe . . . Stück 95 **48**

Beleuchtungs-Artikel

Flurlampen . . Stück 70 **48**
Nachtlampen . Stück 1.45 **65**
Küchenlampen, Stück 1.50 **85**
Tischlampen, St. 5.75 3.45 **2.75**
Gaspendel, kompl., Stück **8.50**
Gaszuglampen mit Perlrand Stück **21.50**
Spiritusbrenner 14''', St. **7.75**
Petroleum-Hängelampen Stück 7.85 **5.50**
Glühlicht-Körper, Stehlicht Stück 55 **45**
Glühlicht-Körper, Hängelicht Stück 65 **58**
Gaszylinder . Stück 20 12 **10**
Gaszylinder für Hängelicht Stück 35 25 **22**

Stahl- u. Eisenwaren

Wiegemesser, St. 2.75 2.45 **75**
Hackemesser, St. 1.25 75 **68**
Messer u. Gabeln, Paar 55 38 **22**
Küchenmesser, Stück 22 18 **15**
Dosenöffner . Stück 65 38 **30**
Kartoffelschäler, Stück 18 **15**
Esslöffel, Britannia, St. 45 **40**
Kaffeelöffel . Stück 30 20 **15**
Alpaka-Esslöffel . St. 1.25 **75**
Alpaka-Kaffeelöffel, St. 60 **40**
Kaffeemühlen, Blech Stück 1.45 1.25 **95**
Kaffeemühl., Holz, St. 1.45 **1.25**
Spirituskocher, St. 95 65 **58**
Spiritusplätten Stück 6.95 5.75 **4.75**
Bügeleisen, Stück 1.45 95 **75**

Korbwaren

Brotkörbe . Stück 1.25 95 **60**
Besteckkörbe Stück 1.95 **1.25**
Handkörbe, off., St. 1.95 1.75 **1.25**
2 Deckel-Körbe, St. 2.75 1.95 **1.35**
Papierkörbe, Stück 1.95 1.25 **60**
Kinderkörbe . Stück 1.50 60 **18**
Staubtuchkörbe, Stck. 1.25 95 **60**
Bürstentaschen, Stck. 1.35 95 **60**
Wäschepuffs, St. 4.45 3.50 **2.90**
Zeitungsmappen, St. 1.65 1.25 **60**
Basttaschen mit Riemen Stück 1.85 1.65 **1.25**
Zeug-Pompadours, Stck. 85 75 **65**
Servierbretter, bunte Einlage Stück 3.95 2.95 **1.45**
Reisekörbe, Stck. 10.50 9.50 **8.50**

Papierwaren

Kassetten, 25 Bogen, 25 Umschläge . . . . Stück **75**
Kassetten, 20 Bogen, 5 Karten m. Umschlägen . . Stück **95**
Kassetten, Leinenpapier, 25 B. 25 Umschl. m. Seidenfutt., St. **1.75**
Kassetten, Leinenpapier, 75 B. 75 Umschl. m. Seidenf., St. **2.50**
Postkarten-Albums, m. patriot. Bild, für 100 Karten, Stück **58**
Postkarten-Albums für 300 Karten . . . Stück **1.10**

Lederwaren

Marktttasche aus prima Kunstleder, feldgrau, mit herumgehenden Riemen . . . . . Stück **1.75**
Marktttaschen aus bestem Wachstuch, in verschied. Ausführungen Stück 1.75 1.45 **75**
Brieftaschen, prima Verarbeitung Stück 1.75 95 **48**
Damen-Handtaschen, moderne Formen Stück 1.45 **1.25**

Seifen

Prima Waschseife, gut schäumend, Vorrat ca. 3000 Kilogramm gr. Block, ca. 800-950 gr. **1.75**
Oranienburger Seife, Vorrat ca. 1600 Kilogramm Stück **50**
Veilchen-Seifenpulver, Vorrat ca. 2000 Pakete Paket **9**
Benzin-Seifenpulver, Vorrat ca. 1800 Pakete Paket **14**

Konfitüren

Haushalt-Schokolade, Vorrat ca. 600 Block Block ca. 325 gr. **1.35**
Milch-Schokolade, Vorrat ca. 1100 Block Block **35**
Vanille-Schokolade, Vorrat ca. 2300 Block Block **30**
Feine Konfekt-Mischung 1/4 Pfund **45**

Galanterie

Bilderrahmen . Stck. 95 65 48 **35**
Blumenvasen . Stck. 95 75 48 **30**
Tabakspfeifen, Stck. 1.10 85 65 **40**
Taschenmesser, St. 1.45 1.25 95 **38**
Feuerzeuge . . . Stck. 85 25 **20**
Handschuhkasten . . / Taschentuchkasten . / Manschettenkasten . / Kragenkasten . . . } Stück **1.25**
Nickelservice, St. 11.50 8.50 **5.75**
Aufsätze . . Stck. 4.25 2.75 **1.45**
Keksdosen . . . Stck. 2.75 95 **48**
Kuchenteller, Stck. 3.90 2.75 **1.25**
Nippes . . Stck. 1.25 95 48 **25 10**

Schuhwaren

Konfirmandenstiefel mit u. ohne Lackkappen Paar 11.50 10.50 9.50 **9.50**
Damenstiefel, Chevreaux Rindbox etc., mit u. ohne Lackkappen, mod. Form P. 14.50 12.50 11.50 10.50 **9.50**
Kinderstiefel, genagelt No. 21 — 23, durable Ware . . . . . Paar **9.65**
Herrenstiefel, verschiedene Ledersorten, mit u. ohne Lackkappen, Gr. 40—48, P. 14.50 12.50 11.50 10.30 **9.75**

Konserven

Brechbohnen 2 Pfd.-Dose **48**
Brechbohnen fadenfrei 2 Pfd.-D. **52**
Stangenspargel 2 Pfd.-Dose **1.45**
Karotten 2 Pfd-Dose **48**
Erbsen 2 Pfd.-Dose **78**
Leipz. Allerlei 2 Pfd.-Dose **78**
Wachsbohnen 1 Pfd.-Dose **35** 2 Pfd.-Dose **60**
Erbsen mit Karotten 2 Pfd.-Dose **78**
Kohlrabi 3 Pfd.-Dose **65**

Angebote preiswerter Artikel

Schürzen

Blusenschürzen aus gestreiften u. getupft. Stoffen Stück 2.75 2.25 1.65 **1.45**
Teeschürzen aus gemustertem, Satin mit bunten Bordüren . . Stück 2.25 1.95 **1.25**

Korsetts

Frackkorsetts, lange, gutsitz. Form in all. Modefarb. Stück 3.50 2.95 2.60 1.95 **1.65**
Reformkorsetts natur u. weiss. Satindrell, v. z. Knöpf. mit u. o. Stäb. 4.95 3.95 2.95 **2.65**

Wäsche

Untertaillen Stück 1.85 1.45 95 **68**
Damenhemden Stück 2.95 2.45 **1.65**

Weisswaren

Stickerei-Kragen Stück **32**
Blusenkragen aus Rips, Spachtel, Mull, Batist, Stück **48**
Bunte Kragen, gestickt Stück **28**

Teeschürzen a. weiss. Batist u. Stickereistoffen m. reicher Garn. St. 2.45 1.95 1.65 1.45 **1.25**
Reformschürzen hell- und dunkelfarbig . Stück 1.75 **1.45**
Korsetts extra lg. Form m. Langetten und eleganter Spitzen-Garnitur, Halterm, hocheleg. schlanke Formen Stück 7.50 6.25 4.75 **3.75**
Damenbeinkleider Paar 2.45 1.95 **1.25**
Damen-Nachtjacken Stück 2.25 1.95 **1.45**
Moderne Faltenkragen Stück **95**
Moderne Tüllhalsrüschen Stück **75**
Madapolam-Stickerei 4 1/2 Mtr. 1.95 1.45 1.25 95 **75**
Madapolam-Doppelstoffstickerei . 4 1/2 Mtr. 1.45 95 **85**

Lebensmittel

Leberwurst Pfund 1.10 — **Rotwurst** Pfund 1.25

Knoblauchswurst Pfund **1.40**

Kolonial-Waren

Zucker, gemahlen . . . Pfd. **26**
Salz . . . . . Pfd. **11**
Gebackene Pflaumen . Pfd. **78**
Apfelringe . Pfd. **110 90 80**
Mischobst . . . . . Pfd. **95**
Kalobion-Nährsalz-Kaffee-Ersatz . . . . . Pfd. **55**
Kriegs-Kornfranck . . Pfd. **45**
Karlsbad. Kaffeezusatz 1/4 „ **12**
Lacrola, eine backfert. Tortenmasse . . . . . Paket **55**
Honigpulver . . . . Paket **10**
Eiersatz . . . . . Paket **10**
Eierkuchenpulver . . Paket **10**
Pudding . . . Paket **35 15 12**
Vanille-Saucenpulver Paket **10**
Hundekuchen . . . . . Pfd. **65**

Delikatess-Sülze Pfund **1.35**

Für unsere **Feldgrauen**

Oelsardinen Dose 70 65 55 **50**
Würstchen . . Dose 1.30 **1.00**
Rotwurst . . . . . Dose **1.75**
Hasenbraten . . . . Dose **1.35**
Kalbsschnitzel m. Spargel Dose **1.35**
Fasan mit Weinkraut Dose **1.10**
Pökel-Rinderbrust mit Meerrettich . . . . Dose **85**
Hering in Tomaten Dose 85 **75**
Makrelen in Tomaten Dose **75**
Leberwurst . . . . Dose **1.75**
Kalbsbraten . . . . Dose **1.35**
Gebratene Leber . . Dose **1.35**
Eisbein mit Kraut . . Dose **85**
Pökelrippchen mit Kraut Dose **75**

Pflaumenmus . Pfund **50**

Apfelsinen . . . 3 Stück 25 **20**

Halberst. Würstchen 3 Paar **40**

Schwartenwurst Pfund **1.20**

Billiger Spargel

Abschnittspargel 1 Pfund-Dose **45** 2 Pfund-Dose **78**
Schnittspargel 1 Pfund-Dose **75 65** 2 Pfund-Dose 1.45 **1.20**
Stangenspargel 2 Pfund-Dose 2.10 1.90 **1.65**

Vollheringe . . Stück **22**

Sprotten . . . . 1/4 Pfund **50**
Bücklinge . . . . 3 Stück **27**
Aale . . . Stück 1.50 **1.25 1.00**
Mainzer Käse . . 10 Stück **78**
Harzer Käse . . . 5 Stück **23**

Jagdwurst . . . Pfund **1.70**

Hamburger Engros-Lager

Leopold Nussbaum

G. m. b. H.
Gr. Ulrichstr. 60-61.
Fernsprech. 378.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219160115-16/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 12. Halle (Saale), Sonnabend, den 15. Januar 1916. 27. Jahrg.

Aus der Partei.

Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

(S. P.) Auf die gestern mitgeteilte Notiz des Pressebureaus über die Sitzung der Reichstagsfraktion vom Mittwoch abend geht dem Vorwärts folgende Erklärung der Minderheit der Fraktion zu:

Für den Beschluß der Fraktion gegen den Genossen Liebknecht haben 60 Mitglieder gestimmt, dagegen 25. Nachträglich haben von den 25 Genossen, die an der Fraktionssitzung teilzunehmen behindert waren, 12 ihre Gegnerschaft gegen den gefaßten Beschluß dem Fraktionsvorstand mitgeteilt. Der Beschluß der Fraktion stimmt mit dem einen Antrag überein, den der Genosse Buck (Dresden-Neustadt) unmittelbar nach dem Bericht über die Vorgänge im Seniorenkonvent gestellt hatte. Nach seiner Begründung wurde beantragt, dem Genossen Liebknecht sofort das Wort zu erteilen. Das lehnte die Mehrheit ab. Nachdem drei Redner im Sinne des Antrages und einer dagegen gesprochen hatte, erhielt Genosse Liebknecht das Wort. Unmittelbar darauf wurde trotz Widerspruchs die Debatte geschlossen.

Die Minderheit bestreitet entschieden die Kompetenz der Fraktion zu dem von ihr gegen den Genossen Liebknecht gefaßten Beschluß. Die Fraktion hat nicht die Befugnis, einem Mitgliede die „Rechte, die aus der Fraktionszugehörigkeit entspringen", abzuerkennen. Diese Rechte beruhen auf dem Willen der Wähler und dem Gesamtwillen der Partei, nicht auf dem der einzelnen Fraktionsmitglieder oder der Fraktion in ihrer Gesamtheit. Die Verantwortung für das parlamentarische Auftreten des einzelnen trägt die Fraktion als solche nie, insbesondere fehlt jeder Anlaß zu einer entgegengesetzten Annahme bei den Anfragen, die der einzelne unter seinem Namen allein stellt. Das Vorgehen der Fraktion gefährdet aufs schwerste die Parteieinheit und fordert geradezu schärfsten Protest heraus.

Dies in der Oeffentlichkeit auszusprechen, ist um so mehr geboten, als die Mehrheit der Fraktion durch den Schluß der Debatte auch in dieser Angelegenheit die Genossen, welche gegen den Antrag Buck Stellung nehmen wollten, mundtot gemacht und eine der Wichtigkeit der Sache entsprechende Behandlung der Angelegenheit in der Fraktion dadurch gehindert hat.

Die Fraktion ist nicht befugt, sich zum Richter über das einzelne Fraktionsmitglied aufzuwerfen. Der Beschluß ist also eine offenbare Vergewaltigung. Er beraubt Liebknecht der Rechte, die ihm als Abgeordneten nach dem Willen seiner Wähler und der Gesamtpartei auf Grund des Gesetzes und der Verfassung zustehen. Liebknecht muß demnach nach wie vor als vollberechtigtes Mitglied der Fraktion gelten. Die Partei kennt nur gleichberechtigte Mitglieder. Zu diesem Grundsatz steht der Beschluß der Fraktion in schroffstem Widerspruch.

*

Wir erhalten folgendes Schreiben:

Werte Genossen!

Zu Ihrer heutigen Notiz über den gegen mich gerichteten vorgestrigen Beschluß der Reichstagsfraktion bemerke ich: Die dem Beschluß vorangegangenen Fraktionsverhandlungen lassen keinen Zweifel, daß die Schwäbische Tagwacht und der Lokalanzeiger ihm richtig verstehen.

Ich habe heute dem Bureau des Reichstags folgendes geschrieben:

„An das Bureau des Reichstags, Berlin.

Wie ich höre, hat es der Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion bisher unterlassen, Ihnen zu melden, daß die genannte Fraktion am 12. d. M. meinen Ausschluß (die Aufhebung der Arbeitsgemeinschaft mit mir) beschlossen hat.

Ich hole dies — bei allem Vorbehalt gegen die Zulässigkeit des Beschlusses — hiermit nach und bitte, die gebotenen bureaumäßigen Folgerungen daraus zu ziehen.

Ergebenst Karl Liebknecht."

Berlin, den 14. Januar 1916.

Aeußerungen über den Ausschluß Liebknechts aus der Fraktion.

Vorwärts: „Der Sinn des im schlimmsten Kanzleikurialdeutsch abgefaßten Beschlusses ist dunkel. Welche Rechte „entspringen" aus der Fraktionszugehörigkeit? Wer gibt den Fraktionsmitgliedern das Recht die „Verwirkung" des Rechts eines ihrer Kollegen auszusprechen? Die Fraktionszugehörigkeit beruht auf der Wahl des Abgeordneten durch seine Wähler und auf dem Parteitagsbeschluß des Einigungskongresses und der späteren sozialdemokratischen Parteitage. Danach hat der von den Sozialdemokraten gewählte Abgeordnete das Recht und die Pflicht, der sozialdemokratischen Fraktion anzugehören. Diese Rechte und diese Pflichten kann lediglich eine Erklärung des Parteitags oder der Wähler des Abgeordneten beseitigen, niemals die Fraktion. Was soll die „Erklärung" der Fraktion, Genosse Liebknecht habe „die Rechte, die aus der Fraktionszugehörigkeit entspringen, verwirkt", heißen? Wird die Fraktion einen offiziellen Kommentar zu der kauderwelschen „Erklärung" geben? In dem Berliner Lokalanzeiger, der den Untertitel Zentralorgan für die Reichshauptstadt führt, und in der Deutschen Kriegszeitung wird ein Bericht der Schwäbischen Tagwacht über die Fraktionssitzung wiedergegeben, in dem es heißt, durch den Beschluß sei Liebknecht „aus der Fraktion ausgeschlossen". Da die Fraktion wiederholt beschlossen hat, über ihre Sitzungen dürften nur vom Vorstande der Fraktion Berichte in die Presse gehen, so beruht jener Bericht der Schwäbischen Tagwacht, wenn er zutrifft, auf „fortgesetzter gröblichster Verletzung der Beschlüsse der Fraktion" durch ein Fraktionsmitglied. Immerhin gibt er einen Fingerzeig dafür, was die Fraktion oder Fraktionsmitglieder mit ihrer orakelhaften „Erklärung" ausgedrückt wissen wollen. Trifft die schwäbische Deutung zu, so liegt eine gegen die Gesamtpartei und die Parteitagsbeschlüsse wie gegen die Einheit der Partei gerichtetes Vorgehen vor, für das es ein Beispiel in der Geschichte der Partei überhaupt nicht gibt, während aus der Geschichte gegen die Partei sich ihm nur das „Maulkorbsgesetz" aus dem Jahre 1879 an die Seite stellen ließe. Bebel schreibt über dieses Monstrum: „Ein besonderes Aufsehen rief der in dieser Session (1879) eingebrachte Gesetzentwurf betreffend die Strafgewalt über die Mitglieder des Reichstags hervor. Es genügte Bismarck nicht in seiner Verfolgungssucht, daß er das Sozialistengesetz erhalten hatte; er wollte, daß nunmehr auch jede unbequeme Opposition im Reichstag erstickt werden könne. Der Gesetzentwurf richtete sich zugestandenermaßen in erster Linie gegen die sozialdemokratischen Redner. Seine Bestimmungen konnten aber jedem Augenblick auch gegen unbequeme bürgerliche Oppositionsredner Anwendung finden. Für die Ausübung der Strafgewalt über die Reichstagsmitglieder sollte eine Kommission niedergesetzt werden, bestehend aus den drei Präsidenten und zehn Mitgliedern des Reichstags. Diese Kommission sollte je nach der Schwere der Ungebühr gegen einen Redner beschließen können: 1. ..... 2. ..... 3. Ausschließung aus dem Reichstag auf eine bestimmte Zeit ..., Dieser Gesetzentwurf war eine Ungeheuerlichkeit, wie sie nur aus der Gewaltnatur eines Bismarck entstehen konnte. Im Reichstag bekam der Entwurf die Spottbezeichnung „Maulkorbgesetz". Der Reichstag lehnte die freundliche Einladung zum moralischen Selbstmord — denn etwas anderes war der Entwurf nicht — ohne Kommissionsberatung ab. In der Debatte wurde von den Rednern fast aller Parteien dargelegt, es sei eine Ungeheuerlichkeit, Reichstagsmitgliedern zuzumuten, einen solchen Entwurf anzunehmen, der die Beeinträchtigung des Rechtes aller Wähler verlange. Denn auf Grund der Wahl säßen alle Abgeordneten im Reichstag: wie könne man ihnen zumuten, einen Kollegen auszuschließen, der auf Grund desselben Rechtes wie alle Abgeordneten seine Rechte und seine Pflichten ausübe. — Die Maulkorbserklärung der Fraktion nimmt sich, wenn die Schwäbische Tagwacht sie richtig interpretiert, heraus, die einem sozialdemokratischen Abgeordneten durch die Gesamtpartei übertragenen Rechte ihm abzusprechen, sie für „verwirkt" zu erklären. Das ist eine Auflehnung von „Führern" gegen den Gesamtwillen der Partei, die nur die eine Wirkung haben kann, daß sie die Einheit der Partei untergräbt und an Stelle des Gesamtwillens der Partei und der Wähler „Erklärungen" der „Führer" zu setzen versucht. Ist der Fraktionsbeschluß, in dem Sinne auszulegen, den ihm die Schwäbische Tagwacht gibt, oder welchen Sinn soll er haben?"

Leipziger Volkszeitung: „Die Schwäbische Tagwacht meint, daß der Beschluß tatsächlich auf den Ausschluß aus der Fraktion hinausläuft. Das ist auch unsere Meinung. Zu solchem Ausschlußbeschluß — mag er auch nur indirekt sein — fehlt aber der Fraktion die Befugnis! Wer Mitglied der sozialdemokratischen Partei ist und von der sozialdemokratischen Organisation eines Wahlkreises als Kandidat für den Reichstag aufgestellt wurde, wird durch die Wahl ohne weiteres Mitglied der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und bleibt es und darf von der Fraktion weder ausgeschlossen noch in seinen Rechten verkürzt werden, solange ihm nicht im geordneten Verfahren die Eigenschaft als Sozialdemokrat abgesprochen wurde. Das ist die Rechtslage. Wir betrachten deshalb den Beschluß der Fraktionsmehrheit als ungültig. Ueber das Verhalten Liebknechts hat zunächst die Organisation des Wahlkreises zu urteilen, den er vertritt — in letzter Instanz der Parteitag. Bis dahin versagen wir uns jede Bemerkung über sein Verhalten, weil es uns widerstrebt, das, was wir Kritisches dazu zu sagen hätten, in einer Zeit vorzubringen, wo er der Gegenstand der heftigsten Angriffe aus den Reihen der Gegner wie der eigenen Partei ist, ohne daß er die Möglichkeit hat, vor der Oeffentlichkeit seine Sache zu vertreten."

Halle und Saalkreis.

Halle, den 15. Januar 1915.

Die städtische Butterzuteilung.

Ueber den Butterbezug und die Ausgabe der Butterkarten sagt der Magistrat in einer neuen Bekanntmachung:

Auf Grund der Verordnung des Magistrats vom 13. Januar 1916 wird für die Woche vom 17. bis 24. Januar die Höchstmenge von Butter, welche an eine Haushaltung auf Grund des Butterscheins ausgegeben werden darf, mit ½ Pfund (250 Gramm) für den Haushalt bemessen.

Die Buttermenge konnte auch für die Haushaltungen mit einer größeren Anzahl Angehöriger diesmal entgegen den Erwartungen des Magistrats nicht höher festgesetzt werden, weil die von den Molkereien und Händlern angezeigte Menge gegen jene der Vorwoche auffallend zurückgegangen ist.

Es werden hiermit die Molkereien und Händler, welche Butter gewerbsmäßig oder gemeinnützig an Verbraucher abgeben, nochmals auf die Verpflichtung aufmerksam gemacht, bis zum Donnerstag jeder Woche die für die folgende Woche zu erwartenden Buttervorräte bei dem Statistischen Amte der Stadt Halle (Stadthaus, Schmeerstraße) anzumelden. Gegen Händler, welche die Anzeige gar nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig erstatten und gegen Händler, die sich beim Butterhandel Unregelmäßigkeiten zuschulden kommen lassen, wird im Interesse des Publikums mit aller Strenge vorgegangen werden.

Es wird noch darauf hingewiesen, daß die Butterscheine in den Ausgabestellen für Brotmarken nur gleichzeitig mit den Brotmarken, also für die einzelnen Haushaltungen nur an den Tagen ausgegeben werden, an denen sie Anspruch haben, die Brotmarken zu erheben. Eine frühere Ausgabe der Butterscheine erfolgt, um größeren Andrang zu vermeiden, in keinem Falle. Eine Ausgabe von Butterscheinen in Schulen findet nicht statt; soweit Haushaltungen ihre Brotmarken in den Schulen erhalten, haben sie die Butterscheine gegen Vorlegung der Brotscheine in der zuständigen Brotmarken-Ausgabestelle in Empfang zu nehmen.

Die Verordnung des Magistrats vom 17. Januar d. J. bezieht sich auch auf den Butterhandel vom Wagen.

Klagen der Eisenbahn-Güterbodenarbeiter.

Die Güterbodenarbeiter des Hauptbahnhofes Halle klagen seit einiger Zeit über die Berechnung bei dem Prämienverfahren. Bei der Anstellung wurde ihnen auf dem städtischen Arbeitsnachweis ein Tagelohn von 3,20 Mk. resp. 2,80 Mk. und ein Prämienverdienst von mindestens 1,30 Mk. pro Tag versprochen. Das letztere ist nun aber keineswegs eingetroffen, denn es ist in den letzten Lohnzahlungsperioden vorgekommen, daß kaum die Hälfte davon zur Auszahlung gelangte. Der Grund dazu wird auf verschiedene Umstände zurückgeführt. Man vermutet nicht genaue Berechnung der dem Prämienfuhrmann zugrunde gelegten Gewichtsmengen. — Des weiteren wird geklagt über Hindernisse, die die Ausübung einer genügenden Arbeitsleistung gestatten und über Einstellung schwächlicher Personen, die der schweren und intensiven Arbeit unter diesem System kaum gewachsen sind. Das schlimmste dabei ist aber, daß die Arbeiter sich nie im Klaren sind, was sie Prämie verdient haben. Sie müssen nehmen, was ihnen angeboten wird, weil sie eine Kontrolle über die Berechnung nicht besitzen.

Eine weitere Klage betrifft die Nichtbezahlung der Ueberarbeit. Man sagt, daß das, was sie durch etwaige Ueberarbeit leisten, ihnen durch das Prämienverfahren zugute käme. Das ist aber, wie schon oben gesagt, gar nicht oder nur unvollkommen der Fall.

Zu diesen geschilderten Verhältnissen nahm eine Versammlung der betreffenden Arbeiter Stellung. Dieselbe war vom Transportarbeiterverband einberufen und gut besucht. Nach reiflicher Aussprache wurde beschlossen, daß die noch vorhandenen Ausschußmitglieder der Arbeitergruppe vom Güterboden bei der vorgesetzten Stelle vorstellig werden sollten, um dort die Wünsche ihrer Auftraggeber in dieser Sache vorzutragen. Die Wünsche selbst gipfeln darin, daß, wenn das Prämiensystem in Wegfall kommen sollte, ein Tagelohn von 4,50 Mk. für über 18 Jahre alte und ein solcher von 4 Mk. für unter 18 Jahre alten Arbeiter zu zahlen sei. Bei Bestehenbleiben des genannten Systems und des jetzigen Lohnes solle dahin gewirkt werden, daß mindestens pro Tag 1,30 Mk. Prämie zur Auszahlung gelangt; daß weiter die übrigen Lohnsteigerungen beibehalten und die in Aussicht gestellten Teuerungszulagen möglichst bald ausgezahlt werden.

Hallenser in den Verlustlisten.

In den deutschen Verlustlisten der 848. bis 853. Ausgabe werden aus Halle genannt:

Preußische Verlustliste Nr. 419. Feldartillerie-Regiment Nr. 233: Walter Weizmann l. verw.

Sächsische Verlustliste Nr. 241. Infanterie-Regiment Nr. 178: Karl Krüger schw. verw. in einem Feldlazarett gestorben.

Preußische Verlustliste Nr. 420. Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 36: Ernst Kränert gefallen. Paul Semm gefallen. — Infanterie-Regiment Nr. 72: Hermann Rümpler bish. verm., in Gefangensch. — Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 214: Willi Süße l. verw. — Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 227: Richard Zehns gefallen. Richard Bromme gefallen. Unteroffiz. Paul Götter l. verw., bei der Truppe. Max Sauer l. verw. Wilhelm Deumer gefallen. Hermann Bloch l. verw. Hermann Thiele bish. verm., in Gefangensch. — 1. Pionier-Bataillon Nr. 15: Gefr. Walter Mittag bish. verm., gefallen.

Preußische Verlustliste Nr. 421. Infanterie-Regiment Nr. 26: Hermann Donath gefallen. — Infanterie-Regiment Nr. 66: Bruno Gohre schw. verw. — Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 227: Otto Finnsch gefallen. Karl Andre gefallen. Paul Rühlemann gefallen. Hermann Hofmann schw. verw. Walter Möbel schw. verw. Franz Götter schw. verw. Karl Kriele gestorben an seinen Wunden. Willi Kalpe schw. verw. Ernst Voigt l. verw. Albert Kreuzmann aus Giebichenstein l. verw. Vizefeldw. Max Renz bish. verm., in Gefangenschaft. Kurt Augustin bish. verm., in Gefangensch. Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 232: Albert Schuchart aus Giebichenstein bish. verm., in Gefangensch. Alwin Trautmann bish. verm., in Gefangensch. — Armierungs-Bataillon Nr. 35: Willi Schröder l. verw.

Preußische Verlustliste Nr. 422. Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 20: Gefr. Johann Gieset gestorben an seinen Wunden. — Infanterie-Regiment Nr. 98: Feldw.-Leutn. Artur Bernhardt bish. schw. verletzt, gestorben. — Pionier-Regiment Nr. 20: Gefreiter Walter Wenzke schw. verw.

Preußische Verlustliste Nr. 423. Reserve-Jäger-Bataillon Nr. 4: Oberjäger Wilhelm Bornemann bish. verw., gestorben in Gefangensch. — Feldartillerie-Regiment Nr. 75: Unteroffiz. Karl Machulka aus Giebichenstein gefallen. — Armierungs-Bataillon Nr. 112: Paul Bilhardt verletzt.

Preußische Verlustliste Nr. 424. Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 32: Unteroffiz. Max Plorin aus Giebichenstein gestorben an seinen Wunden. — Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 36: Max Harnisch bish. schw. verw., gestorben. — Infanterie-Regiment Nr. 72: Unteroffiz. Karl Rehn l. verw. — Füsilier-Regiment Nr. 86: Leutn. d. Res. Hermann Beyer bish. l. verw., gestorben. — Infanterie-Regiment Nr. 93: Albert Stolle gefallen. Karl Meister l. verw., bei der Truppe.

Preußische Verlustliste N. 425. Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 51: Paul Berek l. verw. — Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 231: Unteroffiz. Paul Haak bish. verw., verm. Otto Naumann bish. verm., in Gefangensch. Walter Buschke bish. verm., in Gefangensch. Fritz Garz bish. verw., in Gefangenschaft. Ernst Habermann bish. schw. verw., verm. — Jäger-Bataillon Nr. 4: Artur Eckert bish. verm., max krank, zur Truppe zur. — Reserve-Jäger-Bataillon Nr. 20: Otto Trentsch verm.

Preußische Verlustliste Nr. 426. Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 36: Gefr. Walter Werner bish. schw. verw., gestorben in Gefangensch. Ernst Ritter bish. verw., in Gefangensch. — Infanterie-Regiment Nr. 45. Richard Weber l. verw.

Begrenzung der Leistungen der Krankenkassen.

Ein Diplom-Ingenieur, der Mitglied der Allgemeinen Ortskrankenkasse Halle war, erkrankte und ließ sich in die zweite Verpflegeklasse des Krankenhauses aufnehmen, „da sein Stand und seine gesellschaftliche Stellung den Aufenthalt in der dritten Klasse nicht zulasse". Es wurde ihm ein Gipskorsett angelegt, das rund 62 Mk. kostete. Die Krankenkasse bezahlte aber nur die Verpflegungskosten nach der dritten Klasse und zu dem Korsett eine Beihilfe von 40 Mk. Der Ingenieur verklagte darauf die Kasse beim Versicherungsamt der Stadt Halle, wurde aber abgewiesen. Die Kasse kann, so heißt es in dem Urteil, auf die soziale Stellung der einzelnen Mitglieder keine Rücksicht nehmen. Die Versicherten haben innerhalb des Rahmens der Satzungen aleiche Ansprüche, das Gesetz kennt eine verschiedene Bemessung der Leistungen nicht. Hinsichtlich des Korsetts, das ein großes Heilmittel im Sinne des § 20 der Kassensatzung ist, hat die Kasse ihre Pflicht mit der Gewährung der Beihilfe erfüllt.

* **Auf den Protest gegen die Bierpreiserhöhung,** den die freien Gastwirte eingeleitet haben, sind jetzt die Antworten eingegangen. Die örtliche Preisprüfungsstelle teilt mit, daß sie nur für Gegenstände des notwendigen Bedarfs zuständig sei. Da Bier zu diesen Gegenständen nicht gehöre, könne sie nichts unternehmen. — Das Generalkommando in Magdeburg hat nach seiner Antwort umfassende Ermittelungen auf Grund des Protestes gegen die Bierpreiserhöhung angestellt. Es ist jedoch nach diesen Ermittelungen und auf Grund von Sachverständigen-Gutachten zu dem Entschlusse gekommen, jetzt nichts zu unternehmen. Jedoch würde jede weitere Erhöhung der Bierpreise für die Zukunft der Genehmigung des Generalkommandos bedürfen.

Gegen die erhöhten Preise ist also jetzt nichts mehr zu machen.

* **Hundert Jahre Rauchfußbrauerei.** Am 18. Januar 1916 werden es 100 Jahre, daß Christian Gottfried Rauchfuß in seiner, Ulrichsviertel 464 Hausnummer 355, vollständig neu eingerichteten Brauerei zum ersten Male Bier verkaufte. Er zeigte dies im Hallischen Patriotischen Wochenblatte am 13. Januar 1816 in einer Anzeige an, die für die weitschweifige Art des damaligen Anzeigenwesens recht interessant ist. Seine Ankündigung lautete:

„Meinen werten Mitbürgern, so wie den Bewohnern der umliegenden Gegend zeige ich hiermit an, daß ich in meinem Hause, am großen Berlin Nr. 355 eine vollständige Brauerey eingerichtet habe. Ich werde nächsten Donnerstag, als den 18ten dieses Monats, zum ersten Male Braunbier, die Kanne zu sieben Pfennige, verkaufen, und damit unausgesetzt jeden Montag und Donnerstag fortfahren. Auch denke ich künftig mit Doppelbieren aufwarten zu können, was ich indeß vorher, so wie, wenn ich in der Woche dreymal brauen sollte, öffentlich werde bekannt machen lassen. Es ist mein innigster Wunsch und wird mein unablässiges Streben seyn, mir durch ein gutes angenehmes Bier den Beyfall und die Zufriedenheit meines Freundes, des Publikums, zu erwerben und zu erhalten. Noch muß ich bemerken, daß, da Eine wohllöbliche städtische Brauerschaft vor kurzem noch ein Brauhaus dicht neben dem Meinigen angelegt, ich zur Vermeidung aller etwaigen Irrungen, an den Meinigen eine schwarze

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219160115-16/fragment/page=0005

Tafel mit der Aufschrift: **Bierbrauerey von K. G. Rauchfuß,** aushängen werde.

Die genannte Hausnummer 355 ist das jetzige Haus Große Brauhausstraße 5 bis 6.

* **Der Markt** war heute gut besucht, sowohl von Käufern als auch Verkäufern. Die Zufuhr von Butter war nur gering und sehr bald vergriffen. Eier waren etwas mehr vorhanden zum Preise von 23—24 Pf. per Stück. Käse und Quark gab es in großen Mengen. Auch Fleisch war in größeren Posten zu haben, nur Schweinefleisch fehlte fast vollkommen. Die Wurstständе waren ständig umlagert. Hasen und Kaninchen fehlten, während Rehfleisch in größeren Posten zu haben war, ebenso Gänse und Enten. Aber letztere waren sehr teuer. Gemüse gab es in großen Mengen zu den bisher üblichen Preisen. Ausländischer Rotkohl kostete heute 22 Pf. das Pfund. Obst war ebenfalls in größeren Posten und bekannter Güte vertreten. An den Fleischerständen der Stadt gabs wieder Speck, das Pfund 2 Mk., Schlackwurst 2,20 Mk., dann auch Fleisch und Wurst zu den bekannten Preisen.

* **Nußbaumholz beschlagnahmt!** Eine Bekanntmachung, die am 15. Januar 1916 in Kraft tritt, ordnet die Beschlagnahme und Bestandserhebung von Nußbaumholz und stehenden Walnußbäumen an. Durch die Bekanntmachung werden Vorräte an Nußbaumholz mit einer Mindeststärke von 6 Zentimeter, einer Mindestlänge von 100 Zentimeter und einer Mindestbreite von 20 Zentimeter, sowie alle stehenden Walnußbäume, deren Stämme bei einer Messung in Höhe von 100 Zentimeter über dem Boden einen Umfang von mindestens 100 Zentimeter aufweisen, beschlagnahmt. Trotz der Beschlagnahme ist die Verarbeitung zu Gegenständen des Kriegsbedarfs und ihre unmittelbare Veräußerung an staatliche Militärwerkstätten gestattet. Die Bekanntmachung ordnet außer der Beschlagnahme eine Meldepflicht für alle vorbezeichneten Vorräte an Nußbaumholz und stehenden Walnußbäumen an. Der Wortlaut der Bekanntmachung, die u. a. auch eine Lagerbuchführung für diejenigen vorschreibt, die Nußbaumholz des Erwerbs wegen in Gewahrsam haben, ist bei der Polizeiverwaltung einzusehen.

* **Künstlerwettbewerb.** Auf Veranlassung des Magistrats schreibt der Kunstgewerbeverein zu Halle (S.) mit dem Landesverein des Bundes Heimatschutz einen Wettbewerb aus unter Künstlern, die in der Provinz Sachsen ansässig sind, zur Erlangung von Entwürfen für Kriegergrabmäler. Die in Hallischen Lazaretten verstorbenen Krieger werden auf einem mit Eichen bepflanzten, besonderen Ehrenfriedhofe des neuen Gertraudenfriedhofs beigesetzt, und die Stadt Halle hält es für ihre Pflicht, für eine stimmungsvolle Ausstattung der Gräber zu sorgen.

* **Stadttheater.** Sonntag nachmittag Fremdenvorstellung bei kleinen Preisen Die selige Exzellenz, abends neueinstudiert Figaros Hochzeit, Oper von W. A. Mozart; Montag erste Wiederholung von Schnitzlers Komödie der Worte, Dienstag Rich. Wagners Oper Der fliegende Holländer; Mittwoch nachmittag letzte Aufführung des Weihnachtsmärchens Der gestiefelte Kater, abends Karl Millöckers Operette Der Bettelstudent; Donnerstag erste Wiederholung von Mozarts Oper Figaros Hochzeit; Freitag Undine, Oper von Lortzing; Sonnabend Medea, Trauerspiel von Grillparzer. Zu dieser Klassikervorstellung haben die Schülerkarten Gültigkeit.

Im Thalia-Theater gelangt am Sonntag, den 16. Januar, wie bereits mitgeteilt, das Volksstück von Adolf L'Arronge Hasemanns Töchter in der bekannten Besetzung von den Schauspielkräften des Stadttheaters zur Aufführung.

* **Volkspark.** Heute, Sonnabend, Bunter Abend. Die Ausführung haben die bekannten Veroni-Sänger übernommen. Sie werden für gute Unterhaltung sorgen.

Dienstag, abends 9 Uhr, findet ein vom Bildungsausschuß veranstalteter Lichtbildervortrag statt. Herr Direktor Laube-Leipzig wird einen Vortrag über seine Reise durch Griechenland halten.

* **Aus dem Zoologischen Garten.** Auch während des Krieges hat der Tierbestand so zahlreiche Zugänge erfahren, daß die Verluste nicht nur ausgeglichen sind, sondern in zahlreichen Gehegen an Stelle einzelner Tiere größere Gruppen getreten sind. So konnten vor einiger Zeit ein Paar junge Wapitikühe erworben werden, die erfreulicherweise von den altem Gehegeinsassen gut aufgenommen wurden und nun mit diesen ein Rudel von 5 Köpfen bilden. Bei dem Rothirsch scheitert die Vergrößerung des Rudels an der Eifersucht des alten Tieres, welches jeden Neuankömmling sofort angreift und in seiner Feindschaft so unversöhnlich ist, daß es nicht gelingt, ein neues Tier in das Gehege zu bringen. — In dem alten Bisongehege, welches bisher ganz der Lamaherde eingeräumt war, ist in der vorderen Abteilung wieder ein Bisonbulle untergebracht. Der junge Bulle der früher in dem Gehege am Kamelhaus untergebracht war und dort nicht recht zur Geltung kam, zeigt sich in dem neuen Gehege in seiner wahren Größe, vor allem wenn er vom unteren Wege aus besehen wird. Es ist ja das ein lehrreiches Beispiel, welchen unendlichen Einfluß die Aufstellung der Tiere, vor allem die Höhe in der sie dem Beschauer gegenübertreten, auf den Eindruck für den Beschauer ausüben; Gesichtspunkte, die bei den neuen, im vergangenen Jahre vollendeten Gehegeanlagen für die Bison- und Wasserbüffel in erster Linie berücksichtigt wurden. Morgen, Sonntag, ist nachmittags 3½ Uhr großes Konzert vom Orchester des Herrn Musikdirektors Görlach. Auf dem Konzertplatz sind erbeutete französische Geschütze ausgestellt. Der Eintrittspreis beträgt für Erwachsene 30 Pf., für Kinder 20 Pf., Militär ohne Dienstgrad zahlt vormittags 10 Pf., nachmittags 20 Pf. (S. Anzeige.)

* **Walhallatheater.** Jean Blatzheim, der rheinische Komiker, bringt heute zum erstenmal den Schwank Der müde Theodor von Neal und Ferner. Morgen, Sonntag, sind wieder zwei Vorstellungen; nachmittags 4 Uhr bei kleinen Preisen, Erwachsene ein Kind frei. Die Tageskasse ist ab 10 Uhr geöffnet.

* **Zopfabschneider?** Am 13. v. Mts. gegen 8 Uhr abends ist in dem Hause Magdeburger Straße 55 ein Zopf gefunden worden, der nach Ansicht eines Fachmannes von einem etwa 14jährigen Mädchen herrührt. Da hier Anzeigen dieser Art nicht erstattet worden sind, der Zopf auch dem in Leipzig ihres Kopfhaares beraubten Mädchen nicht gehört, dürfte er einem Mädchen in einem anderen Ort abgeschnitten worden sein. Geschädigte wollen sich bei der Kriminalpolizei im Zimmer 36 oder 37 melden.

Rothenburg. Arbeitsunfall eines Gefangenen. Im Walzwerk des hiesigen Messingwerkes kam ein gefangener Russe, der während des Ganges die große schwere Walze putzen wollte, mit dem rechten Arm unter diese, wobei ihm der Unterarm zermalmt wurde. Nach Anlegung eines Notverbandes mußte der Bedauernswerte nach der Hallischen Klinik übergeführt werden.

Aus den Gerichtssälen.

Strafkammer.

Betrügerischer Gastwirtschaftsverkauf. Der Agent H. und die Hausbesitzerin N. hatten gegen ihre Verurteilung vor dem hiesigen Schöffengericht — H. 14 Tage Gefängnis und die N. 50 Mk. Geldstrafe — Berufung eingelegt. H. hatte einem aus Wien kommenden Fräulein, die sich selbständig machen wollte, ein sogenanntes Erbbegräbnis verkauft. Für dies saubere Geschäft hatte er sich von N.s 100 Mk. Provision versprechen lassen. H. wußte, daß die Gastwirtschaft schon seit Jahren ihren Mann nicht mehr nährte. Die Inhaber mußten sich stets noch einen Erwerb suchen. Das Fräulein hatte wenig Ahnung von der Gastwirtschaft und kannte als Ausländerin die hiesigen Verhältnisse nicht. Sie vertraute völlig auf H. Dieser sagte ihr, daß sie ohne weiteres die Konzession erhalten würde, wenn sie nicht gegen den § 33 der Gewerbeordnung verstoßen hätte. Von der Bedürfnisfrage, die in Halle eingeführt worden ist, erwähnte er nichts oder klärte zum mindesten die Käuferin nicht auf. Für das Wirtschaftsmobiliar mußte die Käuferin 600 Mk. bezahlen. Vierhundert Mark sollten angezahlt werden, was auch geschah. Von dieser Summe sollte H. bezahlt werden. Der Kauf wickelte sich so schnell ab, daß die Käuferin gar nicht recht wußte, wie sie zu einem Geschäfte kam. Frau N., die Besitzerin des Hauses, machte ihrerseits die Käuferin nicht auf die schwierige Lage des Geschäfts aufmerksam. Das Fräulein erhielt auf Grund der Bedürfnisfrage aber dann die Konzession nicht. Obiger Sachverhalt ergab sich auch wieder vor der Strafkammer. Es war ein umfangreicher Zeugenapparat aufgeboten worden. Zwei Verteidiger waren erschienen. Nach mehrstündiger Verhandlung kam das Gericht aber zu einer Verwerfung der Berufung und schloß sich im großen und ganzen den Ausführungen des Schöffengerichts an. Die verhängten Strafen seien angemessen. H. sei bereits vorbestraft und die Gefängnisstrafe wäre daher am Platze gewesen

Aus der Provinz.

Regierungsbezirk Merseburg im preußischen Etat.

Für die Provinz Sachsen fordert die Eisenbahnverwaltung im Direktionsbezirk Halle u. a. letzte Raten von 56 000 Mk. für den Umbau der Ueberführungen der Berliner Straße auf Bahnhof Halle, 35 000 Mk. für die Herstellung eines Ueberholungsgleises auf dem Personenbahnhof Falkenberg bei Torgau, 65 000 Mk. für die Herstellung eines Lokomotivschuppens nebst Aufstellgleisen am Südende des Bahnhofs Halle, 197 000 Mk. für die Erweiterung des Güterschuppens auf Bahnhof Halle, ferner Raten von je 500 000 Mk. für die Gleiserweiterung am Nordende des Bahnhofes Halle und die Erweiterung des Güterbahnhofes Merseburg, 600 000 Mark für den Umbau des Bahnhofes Schlettau bei Halle, 400 000 Mk. für die Erweiterung des Bahnhofes Torgau, 100 000 Mk. für die Erweiterung des Bahnhofes Elsterwerda an der Berlin—Dresdener Bahn, und endlich eine erste Rate von 200 000 Mk. für die Herstellung von zwei Ueberholungsgleisen beim Haltepunkt Helfta. Außerdem sind 1 200 000 Mk. als fernere Rate vorgesehen für die Herstellung eines Hauptbahnhofes in Leipzig und einer Verbindungsbahn von Wahren nach Schönefeld und Heiterblick sowie Erweiterung des Bahnhofes Plagwitz-Lindenau. Die Umgestaltung der Bahnhofsanlagen in Köthen, Eisleben und Vienenburg erfordert fernere Raten von 1 Million bezw. 400 000 Mark bezw. 1 Million.

Im Etat der Bauverwaltung finden wir eine Forderung von 199 000 Mk. als Rest und Ergänzungsrate für die Erweiterung des Regierungsgebäudes in Merseburg. Im ganzen betragen die Kosten 356 000 Mk. — Aus dem Kultusetat interessieren die Forderungen für die Universität Halle im Gesamtbetrage von 285 400 Mk., darunter 77 000 Mk. für die Herrichtung der bisherigen Räume der Klinik für Ohren-, Nasen- und Kehlkopfkrankheiten für Zwecke der Augenpflege.

Altranstädt. Kriegerfrauen und Ortsbehörde. Während des Krieges ist hier oft ein wenig rücksichtsvolles Vorgehen der Ortsbehörde bemerkt worden. So wurden von der Kriegsunterstützung sogar Steuern abgezogen und das auch dann noch, nachdem der Ortsvorsteher auf das Ungesetzliche dieses Abzuges aufmerksam gemacht und ihm die Verfügungen hierüber vorgelegt worden sind. Trotzdem der Ortsvorsteher weiter in der Gemeinderats-Sitzung auf die amtlichen Bekanntmachungen über die Reichswochenhilfe hingewiesen hatte, ihm also die Bestimmungen hierüber bekannt sein mußten, wurden die zur Erlangung der Reichswochenhilfe nötigen Scheine gar nicht oder nur ungenügend beglaubigt. Das hatte zur Folge, daß Kriegerfrauen, die ihre Wöchnerinnen-Unterstützung in einer Leipziger Ortskrankenkasse abholen mußten, das Fahrgeld mehrere Male unnötigerweise ausgeben mußten. Auch führten Kriegerfrauen recht häufig Klage über schlechte Abfertigung auf dem Gemeindeamt. — Da alle Bemühungen unserer Genossen, diese Sachen mit der Ortsbehörde selbst zu regeln, erfolglos blieben, fühlte sich der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins veranlaßt, damit Abhilfe geschaffen wird und die Frauen zu ihrem Rechte kamen, sich beschwerdeführend an die Aufsichtsbehörde zu wenden. Das hat offenbar ein Aergernis erregt, das sich jetzt auf alle mögliche Art Luft machte. So wurden Vorstandsmitglieder des Sozialdemokratischen Vereins aus öffentlichen Gemeinderats-Sitzungen ausgewiesen. Von zwei Vorstandsmitgliedern forderte die Ortsbehörde die Militärpässe ein. Die Ausrede, die Pässe seien auf Veranlassung der Militärbehörde eingefordert, steht im direkten Widerspruch zu der mündlichen Auskunft, welche die Beteiligten auf dem Bezirkskommando erhalten haben. Danach sind die Pässe weder auf dem Bezirkskommando gewesen, noch von dem Bezirkskommando eingefordert worden!! —

In der letzten Zeit sind nun wieder einige Fälle wenig rücksichtsvollen Vorgehens vorgekommen. Für einen Lehrling war zunächst vom Ortsvorsteher auf Antrag der Mutter auch über das 15. Lebensjahr hinaus die Unterstützung weiter bewilligt worden Der Lehrling hat nämlich nur einen Lohn von wöchentlich 3 Mk., und nach Abzug von 2.70 Mk. Fahrgeld zur Arbeitsstätte verbleiben für den Lebensunterhalt ganze 30 Pfennig. Ohne irgendwelche Mitteilung zu machen, wurde nun der Mutter bei der Auszahlung der Kriegerunterstützung am 1. Januar die für ihren Sohn nach Vollendung des 15. Lebensjahres erhaltene Unterstützung von der ihr gesetzlich zustehenden Unterstützung wieder in Abzug gebracht. Waren die Kriegerfrauen im allgemeinen schon darüber enttäuscht, daß zur Reichsunterstützung, da doch die Miete fällig war, kein Zuschuß aus Gemeindemitteln gewährt wurde, so erhielt diese Kriegerfrau jetzt infolge des plötzlichen unberechtigten Abzuges nur 3,75 Mk. ausgezahlt. — Noch schlimmer erging es zwei weiteren Kriegerfrauen, die für ihre Töchter auch nach Vollendung des 15. Lebensjahres die Unterstützung weiterbezogen haben. Sie glaubten, da ihre Kinder arbeitslos waren, seien sie zur Empfangnahme der Unterstützung berechtigt. Auch diesen beiden Frauen wurde die Unterstützung, welche sie für ihre Kinder über das 15. Lebensjahr hinaus erhalten haben, wieder in Abzug gebracht. Und da die Summe größer war, als der zur Auszahlung gelangende Betrag, erhielten diese beiden Kriegerfrauen überhaupt keine Unterstützung ausgezahlt! Der einen Kriegerfrau wurde noch die kaum glaubliche Miteilung gemacht, daß sie, da die Summe noch nicht vollständig abgezogen ist, auch das nächstemal keine Unterstützung erhält. Und dabei handelt es sich hier um eine Kriegerfrau, deren Mann seit Anfang des Krieges im Felde steht und auch bereits im Besitz des Eisernen Kreuzes ist. Pflicht der Kriegerfrauen war es allerdings, nachdem ihre Kinder das 15. Lebensjahr vollendet hatten, um Weiterzahlung der Unterstützung nachzusuchen. Aber immerhin war ein derartiges Vorgehen gegen sie nicht angebracht, zumal das Kriegsunterstützungsgesetz für diese Fälle eine Unterstützungsmöglichkeit vorsieht. Auf den Hinweis der einen Kriegerfrau hin, daß sie nunmehr ohne jede Mittel dasteht, und nicht weiß, wovon sie mit ihren Kindern leben soll, erhielt sie vom Steuereinnehmer die Antwort: Sie hätte sich besser einrichten sollen.

Gegenüber solchem Verhalten der Gemeindeverwalter ist ein Eingreifen der Aufsichtsbehörde unbedingt erforderlich, damit endlich eine rücksichtsvollere Behandlung der Kriegerfrauen erfolgt.

Bitterfeld. Ausgabe von Buttermarken. Für diejenigen Einwohner, die von auswärts keine Butter beziehen, aber nur für diese, werden Montag, den 17. d. M., zusammen mit der Ausgabe der Brotmarken wieder Buttermarken ausgegeben, und zwar, wie schon erstmalig, an die Haushaltungen mit Angehörigen in einer Anzahl bis zu 4 Köpfen für ½ Pfund, in einer Anzahl über 4 Köpfe für 1 Pfund. Bei voller Beköstigung gehaltenes Dienstpersonal und Einlogierer werden mit zur Haushaltung gerechnet. Die Ausgabestellen dürfen Buttermarken nur abgeben, wenn sie von den Abholern ausdrücklich verlangt werden. Die Butter selbst wird ausgegeben von Dienstag, den 18. d. M., an in der Dampfmolkerei Fischer, Zörbiger Straße 24. Die Marken sind beim Kaufe zurückzugeben; das Kaufgeld von 2,55 Mk. für das Pfund, 1,28 Mk. für ½ Pfund ist in dem Geschäft zu erlegen. Die Dampfmolkerei Fischer darf Butter nur gegen Marken abgeben.

Holzweißig. Ausgebrochener Einbrecher. Eine recht merkwürdige Geschichte beschäftigte die Hallische Strafkammer. Der schon einige Male vorbestrafte 18jährige K. aus Holzweißig verbüßte eine kürzere Gefängnisstrafe wegen Diebstahls in Bitterfeld. Er hatte nur noch eine kurze Strafzeit abzumachen. Da kam er auf den unglücklichen Gedanken, auszubrechen, was ihm auch gelang. Um in den Besitz von Sachen zu kommen und weil er Hunger hatte, brach er in der Leutewohnung eines Rittergutes, auf dem er früher gearbeitet hatte, ein und entwendete Kleidungsstücke, ein Rad und Brot und Butter. Durch diesen unverständlichen Streich kam er jetzt wegen Einbruchsdiebstahls vor die Strafkammer. Diese nahm mildernde Umstände an und berücksichtigte, daß K. in einer Art Zwangslage gehandelt habe. Es erkannte auf eine Strafe von fünf Monaten Gefängnis.

Eilenburg. Familienunterstützung. Die Familienunterstützungen für die zweite Hälfte des Monats Januar 1916 werden gezahlt am Sonnabend, den 15. Januar 1916, für Nr. 1 bis 750, am Montag für Nr. 751 bis 1500 und am Dienstag für Nr. 1501 bis Schluß.

Gerbstädt. Aufopferung. Nach amtlichen Mitteilungen hat sich in der Sorge um Verwundete der Schütze Lieberenz von hier von der Maschinengewehr-Kompagnie des Infanterie-Regiments Nr. 26 hervorgetan. Er blieb trotz heftigen Maschinengewehrflankenfeuers bei einem Angriff des 1. Bataillons bei seinem verwundeten Zugführer und verband ihn. Am nächsten Morgen holte er mit einer Patrouille das 150 Meter vor dem feindlichen Graben liegen gebliebene Maschinengewehr zurück, dessen Mannschaft tot oder verwundet war und barg dabei noch drei Schwerverwundete. Am folgenden Tage früh holte er die Leiche seines Leutnants, der zwei Tage vorher in seinen Armen gestorben war und begleitete den Regimentsarzt früh nach dem Hellwerden wieder bei der Bergung von drei Verwundeten. Er wurde zum Eisernen Kreuz eingegeben und zum Gefreiten ernannt.

Aschersleben. Selbstmordversuch eines geisteskranken Soldaten. Ein schweres Unglück ereignete sich auf dem hiesigen Bahnhofe. Der geisteskranke Soldat Mozinsky aus Berlin, der von einem Unteroffizier nach der Irrenanstalt Alt-Scherbitz gebracht werden sollte, warf sich plötzlich vor dem von Halberstadt um 10 Uhr 46 Min. hier eintreffenden Zug und wurde eine Strecke mit fortgeschleift. Der Unteroffizier wollte M. zurückreißen, kam aber zu seinem Glück selbst zu Falle, sonst wäre er ebenfalls überfahren worden. Der Soldat ist am Kopfe und Becken schwer verletzt worden und nach dem städtischen Krankenhause geschafft, während der Unteroffizier nur eine leichtere Kopfverletzung erlitt.

Wallhausen. Frevelhaftes Treiben. Bei dem jetzigen Hochwasser wurde der Damm am rechten Ufer des Mühlengrabens mutwilligerweise durchstochen, damit die Aecker und Gehöfte überschwemmt werden sollten. Die Täter sind bereits ermittelt.

Letzte Nachrichten.

Herabsetzung der Altersgrenze.

Berlin, 15. Januar. (W. T. B.) Der Reichstag nahm nach Befürwortung durch den Abg. Molkenbuhr (Soz.) den Antrag des Haushaltsausschusses einstimmig an, wonach die Regierung einen Gesetzentwurf vorlegen möge, der die Herabsetzung der Altersgrenze für die Altersversicherung von 70 auf 65 Jahre festlegt. Staatssekretär Dr. Delbrück erklärte, die Regierung werde erneut zu der Frage Stellung nehmen.

Allerlei.

Sturmschäden an der Unterelbe.

Aus Hamburg wird berichtet: Der am Donnerstag abend wütende Nordweststurm hat an der Unterelbe starke Verheerungen angerichtet. In Glückstadt ist die Mole

In allen Abteilungen meines Geschäftshauses preiswerte Angebote in reicher Auswahl.

Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins. **Alex Michel** Halle a. d. S., Marktplatz 18, Ecke Kleinschmieden. 4412

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706752621916O115-16/fragment/page=0006

großtenteils zerstört worden, der Wasserstand erreichte dort die Höhe von 20 Fuß über dem Normalstand. In Wilster ist die Spitze des Kirchturms in einer Länge von mehreren Metern abgebrochen; die Kugel, das Kreuz und der Blitzableiter hängen nach dem Marktplatz hinunter. In Stade hat die Sturmflut die untere Stadt vollständig überschwemmt; der Verkehr in den überschwemmten Straßen mußte notdürftig mit Booten aufrecht erhalten werden. Bei der Roperschen Schiffswerft wurden von der Gewalt der Fluten Baumstämme von erheblicher Stärke fortgeschwemmt. Bei Twielenfleth ist der Deich stark beschädigt worden; an seiner Wiederherstellung wird fieberhaft gearbeitet, um einen Deichbruch zu verhindern.

In Hamburg selbst ist der Schaden diesmal gewaltig. Zahlreiche Lagerkeller im Freihafen wurden überschwemmt und ihr wertvoller Inhalt zum Teil vollständig vernichtet. An mehreren Stellen mußte der Fahrverkehr des Hafens eingestellt werden. Auch auf der Alster konnte der Fährbetrieb nicht aufrecht erhalten werden. In Altona konnte man auf dem Fischmarkt Kahn fahren. Nur der Dammbruch bei Neuenfelde brachte für die Elbe bei Hamburg die nötige Entlastung.

Folgen der Dürre in Australien.

Nach einer Meldung der Times aus Melbourne hat Queensland infolge der Dürre einen ungeheuren Verlust an Viehbestand erlitten. Der Rückgang an Schafen, die 1914 über 25 Millionen zählten, betrug im letzten Jahre 35 Prozent. Der Verlust an Rindvieh wird auf 20 Prozent geschätzt.

Grubenexplosion. Auf der Zeche Neumühl bei Hamborn erfolgte Freitag morgen eine Explosion beim Abfeuern eines Sprengschusses, wodurch zwei Leute getötet und drei schwer verletzt wurden.

Eine städtische Tageszeitung ist vom 1. Januar ab durch den Krieg der Einwohnerschaft von Schöneck bei Dirschau beschert. Nachdem der Herausgeber des Schönecker Anzeigers zum Militärdienst eingezogen war, stellte die Zeitung ihr Erscheinen ein. Da sich nun ein Ersatz auf privatem Wege nicht schaffen ließ, der Magistrat des Städtchens aber die Einwohnerschaft schon im Hinblick auf die Uebermittlung der Kriegsnachrichten nicht ohne Zeitung lassen will, so beschloß er, vom 1. Januar ab eine eigene Zeitung unter dem Titel: Schönecker Zeitung herauszugeben.

Aus dem Geschäftsverkehr.

In allen Haushaltungen ist jetzt die Seifenfrage brennend geworden. Nicht nur, daß gute Seife kaum noch zu haben ist, auch die Preise sind gewaltig in die Höhe gegangen. Dabei ist die Seife durchaus nicht besser, sondern oft kann das Gegenteil festgestellt werden. Das ist eine Klage, die man tagtäglich aus dem Munde von Tausenden Hausfrauen vernehmen kann. Die Fabrikanten von Seife sind gezwungen, zu allen möglichen Ersatzmitteln zu greifen; daß sich darunter auch recht zweifelhafte befinden, bedarf keiner besonderen Erwähnung.

Unsere Hausfrauen brauchen aber nicht zu verzagen, denn die schon seit 40 Jahren im Gebrauch befindliche und in Millionen von Haushaltungen eingeführte Henkels Bleich-Soda ist ein vorzüglicher Ersatz für Seife. Die Hälfte der Seife wird gespart, wenn die Wäsche vor dem Waschen in Henkels Bleich-Soda eingeweicht wird. Auch zur Reinigung aller Haushaltungs- und Küchengeräte ist Henkels Bleich-Soda vorzüglich. Es gibt im Haushalt fast keinen Gegenstand, der nicht mit Henkels Bleich-Soda tadellos und wie neu gereinigt werden könnte. Wer sparen und auf frühere Annehmlichkeiten nicht verzichten will, gebrauche heute mehr als bisher Henkels Bleich-Soda.

Henkel's Bleich-Soda

ist der beste und billigste Ersatz für Seife

Die Hälfte der Seife wird gespart, wenn die Wäsche vor dem Waschen in **Henkel's** Bleich-Soda in lauwarmem Wasser eingeweicht wird, denn **Henkel's** Bleich-Soda bewirkt ein schnelles Lösen aller Schmutzstoffe aus der Wäsche. Mithin wird das Waschen

wesentlich billiger

und mit weniger Arbeit wird ebenso reine und weiße Wäsche erzielt.

Henkel's Bleich-Soda ist das vorzüglichste Reinigungsmittel für Fussböden, Metall-, Holzsachen und Küchengeräte sowie beim allgemeinen Hausputz u. ist nur in Originalpackungen

mit dem Namen HENKEL und der Schutzmarke „Löwe"

in allen einschlägigen Geschäften erhältlich. *1584

HENKEL & CIE., DÜSSELDORF.

Sie haben gewiß auch

Verwandte u. Freunde im Felde,

denen ein

Feldpost-Abonnement

auf das

„Volksblatt"

eine große Freude bereiten würde. Das „Volksblatt" ist das beste Bindeglied zwischen den draußen weilenden Kriegern u. ihrer Heimat, und wird im Felde gern gelesen, wie aus zahlreichen Zustimmungen der Feldgrauen über das pünktliche Eintreffen der Zeitung hervorgeht.

Senden Sie

unter Benutzung des folgenden Vordruckes, **die genaue Adresse und 70 Pfennig** in Briefmarken an den

Verlag des „Volksblattes"

und die Zustellung der Zeitung erfolgt täglich durch die Expedition.

Zahlungen können, auch portofrei, mittels Zahlkarte auf die Nr. 16105 an das Postscheckamt Leipzig erfolgen.

An den

..... Armeekorps | ..... Kompagnie
..... Division | ..... Eskadron
..... Brigade | ..... Batterie
..... -Regiment Nr. | ..... Kolonne
Bes. Formation ..... | ..... Bataillon
S. M. Schiff ..... Geschwader .....

70 Pfg. für Monat .....

Kursbücher empfiehlt die **Volksbuchhandlung, Halle (S.), Harz 42/44.**

Bekanntmachung.

Durch Bekanntmachung vom heutigen Tage habe ich Höchstpreise für **Benzol in Mischung mit Schwefeläther** festgesetzt. Die Bekanntmachung ist in den amtlichen Zeitungen veröffentlicht worden.

Magdeburg, den 11. Januar 1916.

Der stellvertretende Kommandierende General des IV. Armeekorps:

Frhr. v. Lyncker, *1591

General der Infanterie,

à la suite des Luftschiffer-Bataillons Nr. 2.

Durch Bekanntmachung vom heutigen Tage habe ich die Beschlagnahme sowie eine Bestandserhebung von Nußbaumholz und stehenden Walnußbäumen verfügt. Die Bekanntmachung, auf die hiermit verwiesen wird, ist in den amtlichen Zeitungen und in ortsüblicher Weise veröffentlicht worden.

Magdeburg, 15. Januar 1916.

Der stellvertretende Kommandierende General des IV. Armeekorps: *1587

Frhr. v. Lyncker,

General der Infanterie,

à la suite des Luftschiffer-Bataillons Nr. 2.

Verkaufe 3 aus gutem Stoff angefertigte Anzüge für Knaben von 3 bis 9 Jahren, **H. Blümner, Göbenstr. 17, I.** 4016

Sohlleder-Ausschnitt, Schuhmacher-Artikel. 4267 **F. Noah, Gr. Klausst. 7.**

Gummierte wasserdichte **Bettstoffe und Windelhöschen** (bester Wäscheschutz) in prima Qualitäten. **Gummiwarenhaus C. Klappenbach,** Gr. Ulrichstr. 40. Fsp. 3367. 4115

Bekanntmachung.

Von den dem hiesigen Kommunalverband für Pferde in gewerblichen Betrieben überwiesenen Futtermitteln sind nunmehr auch

200 Zentner Kokoskuchenmehl,
150 Zentner Erdnußkuchenmehl

auf dem Lager des Ein- u. Verkaufsvereins des Bauernvereins, Magdeburgerstr. 67, eingetroffen.

Der Preis für den Zentner Kokoskuchenmehl beträgt 17.— M., für den Zentner Erdnußkuchenmehl 19.20 M. netto in Leihsäcken.

Die Inhaber von Bezugsscheinen werden ersucht, obige Futtermittel umgehend abholen zu lassen.

Halle a. d. S., d. 11. Jan. 1916.

F **Der Magistrat.**

Bekanntmachung.

Wir weisen darauf hin, daß dem Bureau VIII (Gr. Berlin 11) bei Anmeldung von Beerdigungen die letzte Steuerquittung vorzulegen ist.

Halle, den 4. Jan. 1916.

Der Magistrat.

Hasenfelle kaufen 4120 **Gebr. Danglowitz,** Fellhandlung, Fischerplan 2.

Arbeiter-Notiz-Kalender 1916

Mit dem Porträt des verstorb. Gen. J. Auer geschmückt, reiht sich der diesjähr. Kalender seinen Vorgängern würdig an. Der vielseitige Inhalt ist selbstverständlich den Bedürfnissen d. Arbeiter angepaßt. Außer einem reichhaltigen statistischen und Adressen-Material und sonst wissenswerten Notizen verdienen besonders hervorgehoben zu werden: **Die Versorgung der Kriegsteilnehmer u. der Hinterbliebenen. Der Kriegs-Ausschuß für Konsumenteninteressen. Die Gewerkschaften im ersten Kriegsjahr. Die Gesund-Erhaltung im Felde. Grundlinien d. Ernährungsfrage.** Militärisches usw.

Preis gebunden 50 Pf.

Zu beziehen durch die **Volksbuchhandlung Halle a. d. S., Harz 42/44.**

Schnell-Schönschreiben von jedermann i. wenigen Stunden **ohne Lehren zu erlernen.** Preis **80 Pfg.** **Volksbuchhandlung Halle** Harz 42/44.

Bei Haut- u. Harn-Leiden lese jeder meine Broschüre „Gift- und Kräuterkuren". Gegen Einsendung von 30 Pfg. in Briefmarken an die Firma Puhlmann & Co., Berlin 453, Müggelstrasse 25a, erfolgt die Zusendung in geschlossenem Kuvert ohne Aufdruck. **Dr. med. Geyer, Spezialarzt für Haut- u. Harnleiden.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219160115-16/fragment/page=0007

Arbeiter!

Geschäfte, die nicht in eurer Zeitung inserieren, verzichten auf Arbeiterkundschaft! Berücksichtigt daher bei euren Einkäufen nur die Inserenten des **Volksblatts.**

Walhalla-Theater

Anfang 8¹⁰ Uhr.

Blatzheim-Gastspiel.
Heute, Sonnabend, zum ersten Mal:
„Der müde Theodor“
Schwank in 3 Akten von Max Neal und Max Ferner (Verfasser von Infanterist Pflaume).
Blatzheim, der Meister des Kölner Humors, in der Titelrolle. 4411
Sonntag ½8 Uhr: 2 Vorstellungen.
Nachm. kl. Preise. — Erwachsene 1 Kind frei.
Tageskasse: Sonntags ab 10 Uhr ununterbrochen.

Volkspark Burgstr. 27.

Heute, Sonnabend, abends **8** Uhr, im unteren Saale:
Grosser Bunter Abend!
Dienstag den 18. Januar 1916, abends **8** Uhr:
Gr. Lichtbilder-Vortrag
des Herrn **Richard Laube,** Direktor vom Institut Kosmos, Leipzig, über:
„Auf klassischem Boden, Wanderungen in Griechenland“
und die neuesten Tagesereignisse des Operationsgebietes.
Ueber 200 prächtige Bilder.
Zu zahlreichem Besuch ladet höflichst ein
4401 **Die Geschäftsleitung.**

Neue Kapelle! Neue Kapelle!
Ecke Gr. Ulrichstr. **Konzerthaus Oberpollinger.** Jägergasse 1.
Täglich **erstklassiges Künstler-Konzert,** ausgeführt von 8 Damen u. 1 Herrn, unter Leitung der Geigen-Virtuosin Fräulein **Cornell.**
Um regen Zuspruch bittet **Richard Beth-Winter,**
Neue Kapelle! 4237 zurzeit auf Heimatsurlaub.

Konzerthaus Vaterland

G. Heinebrolt. **Landwehrstraße 3.** Am Riebeckplatz.
Täglich: Künstler-Konzert. Anfang 7 Uhr.
Ab 15. Januar: Neue Kapelle.
☞ **„Die lustigen Tiroler“.** ☜ 4299
Mittwoch nachmittags: **Damen-Kaffee-Kränzchen.**

Der neue schöne Ernst.

Kaiser-Saal.

Gr. Steinstr. 24. — Inh.: G. Slawek.

4414 Täglich
Grosse patriotische Konzerte
des uniformierten Trompeterkorps **„Union“** (Militärmusik).
Spez.: Fanfarenmärsche, Kesselpauken, Xylophon-Solis.
Im Nachmittags-Konzert
erhalten die Kinder **reizende Geschenke gratis!**
Kaiser-Kaffee Angenehmer Aufenthalt! Vorzügliche Bewirtung!
Auch im Kaffee bis 12 Uhr nachts Grosstadtbetrieb.
Der neue schöne Ernst.

∴ Ständiger, billiger Verkauf ∴
von 4325
Kostümen, Röcken, Mänteln,
ausserdem äusserst günstige **Gelegenheit** zum Einkauf von
Stoffresten jeder Art.
☞ **Beachten Sie meine Schaufenster.** ☜
Franz König, Rannischestr. 20/21 und Nr. 3.

Künstliche Zähne

in allen Ausführungen
Behandlung kranker Zähne.
Vorzugsweise **schmerzloses Zahnziehen,** soweit möglich.
Hall. Zahn-Heil-Anstalt (vormals **Britannia**),
Gr. Ulrichstrasse 11, II.
Sehr mässige Preise.
Fernruf 3865. 4314

Wassersüchtige!

Nur **Hydropsal, amtlich (Alkaloide) giftfrei befunden, bringt** garantiert schmerzlose Entleerung. Anschwellungen schwinden, Atem wird leichter, Herz ruhig, Druck im Magen verliert sich. Preis p. Drig.-Flasche m. Anweisung 4.75 ℳ, wird auf Bestellung zugesandt. *1560
Hirsch-Apotheke, Marktplatz 17.

Abfallseife
Nur noch diesen Monat:
Pfund nur 35 Pfg.
5 Pfund 1.65 Mk.
☞ **Seifengeschäft,** 4374] Riemeyerstr. 11.

Lumpen, Knochen, Eisen, 4266 **Metalle, Gummi** kauft **Große Albert Bode jun.,** Klausstr. 22.

Burg-Theater

1. **Die goldene Fliege (4-Akter)** Liebes- und Kriminal-Drama. 4397
2. **Ein Militär-Lustspiel** von Doritt Weixler (2 Akte).

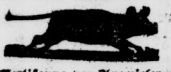
Kranken-Versicherungsverein des Maurergewerks

und verwandter Berufsgenossen zu Halle a. S. u. Umgegend.
Gegründet 1755 Gegründet 1755.
Sonntag den 13. Februar 1916, vormittags 11 Uhr, in der „Goldenen Kette“:
General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Jahresbericht und Jahresabrechnung. 2. Wahl des Vorstandes und der Revisoren. 3. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht 4402
Der Vorstand.

Konsum-Verein für Döllnitz, Saalkreis u. Umg.

e. G. m. b. H.
Sonntag, den 23. Januar 1916, nachmittags 3 Uhr, im Gasthof zum goldenen Stern zu Döllnitz
General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Halbjähriger Geschäftsbericht.
2. Bericht über die am 9. d. Mts in Halle a. d. S. stattgefundene Konferenz.
3. Anträge der Mitglieder.
4. Geschäftliches.
Um zahlreichen Besuch, ☞ **auch der Frauen,** wird gebeten.
Der Vorstand.
*1577 J. Hellwig. W. Fischer. F. Teichmann.

Grosse Posten
Schaftstiefel
Langstiefel
Kriegsstiefel für Kinder
Ausnahmepreis: jedes Paar **4.— Mk.** 4398
Wiebachs Schuhwarenhaus,
Kl. Ulrichstr. 12.



I. Hall. Versicher. geg. *1583 Tel. 3418. **Ungeziefer,** Tel. 3418. **Johannes Meyer, Göbenstr. 15p.**
Vertilgung von Ungeziefer unter Garantie. Zahlung nach Erfolg.

Futter-Kartoffeln
abzugeben *1590 **Rainstrasse 19.**

Empfehle mein
Spezial-Geschäft
in
Zigarren, Zigaretten, Rauch-, Kau- und Schnupftabaken.
A. M. Albrecht,
Lindenstrasse 53.

Holzpantoffeln 4187
: mit prima Rindleder :
Max Fricke, Pantoffel-Fabrik, **Trotha**erstr. 69. Telefon 1879.
Filiale: Mansfeldersir. 4, neb. der Drogerie Renbke. Telefon 2950.

Alle Sorten Felle kaufen 4319
Gebr. Dunglowitz, Fischerplatz 2.

Achtung, Hausfrauen!
Zahle für wollene Strumpfabfälle
höchste Tagespreise,
sowie f. Lumpen, Metalle, Knochen und Eisen höchste Preise; hole auf Wunsch auch selber ab. 4381
Paul Günther, Taubenstr. 3, Hof hinten links.

Ansichtspostkarten empfiehlt die Volksbuchhandlung

Zöpfe
von 2 Mark an, 3, 4, 5, 6, 9, 12, 16, 18 bis 20 Mark und über 1 Meter lang, 10% Rabatt.
Versand nach Einsendung einer Haarprobe. Alle Ersatzteile in großer Auswahl. 4409
∴ Kopfwäsche ∴
mit Teerseife und Frisur
80 Pfg.
Zopf-Siebert,
Halle a. d. S., nur Leipzigerstr. 33 u. 79, 1. Größtes Spezial-Haar-Geschäft der Provinz Sachsen.

Krätze
entsetzliches Hautjucken beseitigt in 2 Tagen ohne Berufsstörung geruch- u. farblos. Kur Mk. 2.50. Aerztlich empfohlen. Hilft stets.
L. Fabricius, *1589
Elberfeld 28, Bahnhofstrasse 20a. Versand unauff. Nachn. u. Porto.

Regenschirme
empfiehlt in haltbaren Qualitäten preisw. 4403
Reparaturen billigst.
Ernst Karras jun., Leipzigerstrasse 4.

C. W. Trothe,
Optisches 4234
Spezial-Institut,
Poststraße 9|10.
Gegr. 1816. Tel. 2916.

Dies Kragen kostet 55 Pfg., weisse Vorhemden 1.00, Manschetten 1.25, Dauerwäsche Marke Waschbär, 4250
Kl. Berlin 2, 1 Tr.

Langguths Haushaltungsbücher à 1.00 ℳ
Vobachs Küchen- u. Wirtschafts-Kalender à 0.50 ℳ
Schmidts Abreiß-Kalender usw.
Zu beziehen
Volks-Buchhandlung
Halle a. d. S., Harz 42/44.

Favorit.
Moden-Album,
Herbst und Winter 1915-1916.
Preis 60 Pfg.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung
Halle a. d. S., Harz 42/44.

3 Mark Belohnung.
Gr. weiße Decke, Handarb., Donnerstag mitt. v. Mahybdan-Werke, Teutschenthal bis Bahnhof Halle verloren. Abzugeben bei **Nass,** Teutschenthal. *1588

Arbeitsmarkt

Erdarbeiter
werden eingestellt *1546
Baustelle Mühlgraben
am Jägerplatz.

Schuhmacher gesucht.
*1585 Nietleben, Weißestraße 4.

Für meine Blechschmiede-Werkstatt ☞ **suche ich zum** 1. April cr. einen
Lehrling.
Christian Glaser,
4408 Gr. Klausstr. 24.

Siebe jeder Art
werden angefertigt,
Scheren und Messer
werden gut geschliffen von
A. Schneider
*1586 **Diendorf, Hauptstraße 3.**

4365 **Möbel-Transporte** führt aus **Albert Ackermann,** Mühlberg 10, a. d. Kl. Ulrichstr. Telephon 2011.

Violin- u. Klavier-Unterricht erteilt **A. May,** Torstr. 49. 4264

Stadt-Theater Halle

Direktion: **Leopold Sachse.**
Fernruf 1181.
Sonntag den 16. Januar 1916 nachmittags 3½ Uhr:
Fremden-Vorstellung zu ermäßigten Preisen.
Die selige Exzellenz.
Lustspiel in 3 Aufzügen von Rudolf Presber und Leo Walther Stein.
Kassenöffnung 3 Uhr. Anfang 3½ Uhr. Ende 6 Uhr.
Abends 7½ Uhr:
☞ **137. Vorstellung.** ☜
Neu einstudiert:
Figaros Hochzeit.
Oper in 4 Aufzügen von W. A. Mozart.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr.
4405 Ende 10½ Uhr.

Montag den 17. Januar 1916
☞ **138. Vorstellung.** ☜
Montag-Stammkarten giltig.
Zum 2. Male:
Komödie der Worte.
Drei Einakter von A. Schnitzler.
Stunde des Erkennens.
Große Szene.
Das Bacchusfest.

Thalia-Theater

Sonntag, 16. Jan., abds. 8 Uhr: Gastspiel d. Stadttheater-Personals
Volkstümliche Preise!
Hasemanns Töchter.
Volksstück v. Adolf L'Arronge.
Vorverkauf an der Kasse d. Stadt-Theaters und an den übrigen Vorverkaufsstellen. 4404

Zoo!

Sonntag den 16. Januar 1916 nachmittags 3½ Uhr:
Grosses Konzert
vom
Görlach-Orchester.
Auf dem Konzertplatz:
Ausstellung erbeuteter französisch. Geschütze.
Eintrittspreise: 4407
Erwachs. 30 Pf., Kinder 20 Pf.
Militär ohne Dienstgrad zahlt vormitt. 10 Pf., nachm. 20 Pf.

Altenburger Hof

Sonntag, den 16. Januar 1916, von Nachmittag an
Gemütliche Unterhaltung
Anerkannt gute Küche. ff. Fleischbrühe.
4416 **Otto Reinicke.**

Für unsere Soldaten!
Vollständ. Schachspiel
m. genauer Anleitung zum Spielen.
Das interessanteste aller Spiele!
Preis 50 Pfg.
Als Feldpostbrief 10 Pfg. Porto.
Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung,
Halle (Saale), Harz 42/44.

Familien-Nachrichten.

Aus den Kreisen unserer Arbeiterschaft fanden den Heldentod: **Packer**
Otto Huth (Trotha),
Kistenmacher
Karl Köcknitz gen. **Witwer (Nietleben).**
Ehre ihrem Angedenken!
Heinrich Franck Söhne
4406 G. m. b. H.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219160115-16/fragment/page=0008

Halle, 15. Januar.

Unterhaltungs-Beilage

des Hallischen Volksblattes.

Nummer 12 — 1916.

Michael Kohlhaas.

6]

Historische Erzählung von Heinrich v. Kleist.

Er fiel auch mit diesem kleinen Haufen schon beim Einbruch der dritten Nacht, den Zollwärter und Torwächter, die im Gespräche unter der Tür standen, niederreitend in die Burg, und während unter plötzlicher Aufpflanzung aller Barraden im Schloßraum, die sie mit Feuer bewarfen, Herse über die Wendeltreppe in den Turm der Vogtei eilte, und den Schloßvogt und Verwalter, die halb entkleidet beim Spiel saßen, mit Hieben und Stichen überfiel, stürzte Kohlhaas zum Junker Wenzel ins Schloß. Der Engel des Gerichts fährt also vom Himmel herab; und der Junker, der eben unter vielem Gelächter den Troß junger Freunde, der bei ihm war, den Rechtsschluß, den ihm der Roßkamm übermacht hatte, vorlas, hatte nicht sobald dessen Stimme im Schloßhof vernommen, als er den Herren, schon plötzlich leichenblaß: Brüder, rettet euch! zurief und verschwand. Kohlhaas, der beim Eintritt in den Saal einen Junker Hans von Tronka, der ihm entgegenkam, bei der Brust faßte und in den Winkel des Saales schleuderte, daß er sein Hirn an den Steinen versprutzte, fragte, während die Knechte die anderen Ritter, die zu den Waffen gegriffen hatten, überwältigten und zerstreuten: wo der Junker Wenzel von Tronka sei? Und da er bei der Unwissenheit der betäubten Männer die Türen zweier Gemächer, die in die Seitenflügel des Schlosses führten mit einem Fußtritt sprengte und in allen Richtungen, in denen er das weitläufige Gebäude durchkreuzte, niemand fand, so stieg er fluchend in den Schloßhof hinab, um die Ausgänge besetzen zu lassen.

Inzwischen war, vom Feuer der Baracken ergriffen, nun schon das Schloß mit allen Seitengebäuden, starken Rauch gen Himmel qualmend, angegangen, und während Sternbald mit drei geschäftigen Knechten alles, was niet- und nagelfest war, zusammenschleppten und zwischen den Pferden als gute Beute umstürzten, flogen unter dem Jubel Hersens aus den offenen Fenstern der Vogtei die Leichen des Schloßvogts und des Verwalters mit Weib und Kindern herab. Kohlhaas, dem sich, als er die Treppe vom Schloß niederstieg, die alte, von der Gicht geplagte Haushälterin, die dem Junker die Wirtschaft führte, zu Füßen warf, fragte sie, indem er auf der Stufe stehen blieb: wo der Junker Wenzel von Tronka sei? und da sie ihm mit schwacher zitternder Stimme zur Antwort gab: sie glaube, er habe sich in die Kapelle geflüchtet, so rief er zwei Knechte mit Fackeln, ließ, in Ermangelung der Schlüssel den Eingang mit Brechstangen und Beilen eröffnen, kehrte Altäre und Bänke um und fand gleichwohl zu seinem grimmigen Schmerz den Junker nicht.

Es traf sich, daß ein junger zum Gesinde der Tronkenburg gehöriger Knecht in dem Augenblick, da Kohlhaas aus der Kapelle zurückkam, herbeieilte, um aus einem weitläufigen steinernen Stall, den die Flamme bedrohte, die Streitbengste des Junkers herauszuziehen. Kohlhaas, der in eben diesem Augenblick in einem kleinen mit Stroh bedeckten Schuppen seine beiden Rappen erblickte, fragte den Knecht: warum er die Rappen nicht rette? und da dieser, indem er den Schlüssel in die Stalltür steckte, antwortete, der Schuppen stehe ja schon in Flammen; so warf Kohlhaas den Schlüssel, nachdem er ihn mit Geschicklichkeit aus der Stalltür gerissen, über die Mauer, trieb den Knecht mit angelegten flachen Hieben der Klinge in den brennenden Schuppen hinein, und zwang ihn unter entsetzlichem Gelächter der Umstehenden, die Rappen zu reiten. Gleichwohl als der Knecht schreckenblaß wenige Momente, nachdem der Schuppen hinter ihm zusammenstürzte, mit den Pferden, die er an der Hand hielt, daraus hervortrat, fand er den Kohlhaas nicht mehr; und da er sich zu den Knechten auf den Schloßplatz begab und den Roßhändler, der ihm mehreremal den Rücken zukehrte, fragte: was er mit den Tieren nun anfangen solle? — hob dieser plötzlich mit einer fürchterlichen Gebärde den Fuß, daß der Tritt, wenn er ihn getan hätte, sein Tod gewesen wäre: bestieg, ohne ihm zu antworten, seinen Braunen, setzte sich unter das Tor der Burg und erharrte, inzwischen die Knechte ihr Wesen trieben, schweigend den Tag.

Als der Morgen anbrach, war das ganze Schloß bis auf die Mauern niedergebrannt, und niemand befand sich mehr darin als Kohlhaas und seine sieben Knechte. Er stieg vom Pferde und untersuchte noch einmal, beim hellen Schein der Sonne, den ganzen in allen seinen Winkeln jetzt von ihr erleuchteten Platz und da er sich, so schwer es ihm auch ward, überzeugen mußte, daß die Unternehmung auf die Burg fehlgeschlagen war, so schickte er, die Brust voll Schmerz und Jammer, Hersen mit einigen Knechten aus, um über die Richtung, die der Junker auf seiner Flucht genommen, Nachricht einzuziehen. Besonders beunruhigte ihn ein reiches Fräuleinstift, namens Erlabrunn, das an den Ufern der Mulde lag, und dessen Abtissin Antonia von Tronka als eine fromme, wohltätige und beilige Frau in der Gegend bekannt war; denn es schien demunglücklichen Kohlhaas nur zu wahrscheinlich, daß der Junker sich, entblößt von aller Notdurft wie er war, in dieses Stift geflüchtet habe, indem die Abtissin seine leibliche Tante und die Erzieherin seiner ersten Mindheit war. Kohlhaas, nachdem er sich von diesem Umstand unterrichtet hatte, bestieg den Turm der Vogtei, in dessen Innerem sich noch ein Zimmer zur Bewohnung brauchbar darbot, und verfaßte ein sogenanntes „Kohlhaasisches Mandat", worin er das Land aufforderte, dem Junker Wenzel von Tronka, mit dem er in einem gerechten Krieg liege, keinen Vorschub zu tun, vielmehr jeden Bewohner, seine Verwandten und Freunde nicht ausgenommen, verpflichte, denselben bei Strafe Leibes und des Lebens, und unverweidlicher Einäscherung alles dessen, was ein Besitztum heißen mag, an ihn auszuliefern.

Diese Erklärung streute er durch Reisende und Fremde in der Gegend aus; ja, er gab Waldmann dem Knecht eine Abschrift davon, mit dem bestimmten Auftrage, sie in die Hände der Dame Antonia nach Erlabrunn zu bringen. Hierauf besprach er einige Trunkenburgische Knechte, die mit dem Junker unzufrieden waren und von der Aussicht auf Beute gereizt in seine Dienste zu treten wünschten; bewaffnete sie nach Art des Fußvolks mit Armbrüsten und Dolchen und kehrte sie hinter den berittenen Knechten aufsitzen; und nachdem er alles, was der Troß zusammengeschleppt zu Geld gemacht und das Geld unter denselben verteilt hatte, ruhete er einige Stunden unter dem Burgtore von seinen jämmerlichen Geschäften aus.

Gegen Mittag kam Hersie und bestätigte ihm, was ihm sein Herz, immer auf die trübsten Ahnungen gestellt, schon gesagt hatte: nämlich, daß der Junker in dem Stift zu Erlabrunn bei der alten Dame Antonia von Tronka, seiner Tante, befindlich sei. Es schien, er hatte sich durch eine Tür, die an der hinteren Wand des Schlosses in die Luft hinausging, über eine schmale steinerne Treppe gerettet, die unter einem kleinen Dach zu einigen Kähnen in die Elbe hinablief. Wenigstens berichtete Hersie, daß er in einem Elbdorfe zum Befremden der Leute, die wegen des Brandes in der Tronkenburg versammelt gewesen, um Mitternacht in einem Nachen ohne Steuer und Ruder angekommen und mit einem Dorffuhrwerke nach Erlabrunn weiter gereist sei. — — —

Kohlhaas seufzte bei dieser Nachricht tief auf; er fragte, ob die Pferde gefressen hätten? und da man ihm antwortete: ja! so ließ er den Haufen aufsitzen, und stand schon in drei Stunden vor Erlabrunn. Eben unter dem Gemurmel eines entfernten Gewitters am Horizont, mit Fackeln, die er sich vor dem Ort angesteckt, zog er mit seiner Schar in den Klosterhof ein, und Waldmann, der Knecht, der ihm entgegentrat, meldete ihm, daß das Mandat richtig abgegeben sei, als er die Abtissin und den Stiftsvogt in einem verstörten Wortwechsel unter das Portal des Klosters treten sah; und während jener, der Stiftsvogt, ein kleiner alter schneeweißer Mann, grimmige Blicke auf Kohlhaas schießend, sich den Harnisch anlegen ließ und die Knechten, die ihn umringten, mit breiter Stimme zurief, die Sturmglocke zu ziehen: trat jene, die Stiftsfrau, das silberne Bildnis des Gekreuzigten in der Hand, bleich wie Linnengewand von der Rampe herab und warf sich mit allen ihren Jungfrauen vor Kohlhaasens Pferd nieder.

(Fortsetzung folgt.)

Deutsche Kriegsgefangene in Sibirien.

Ein Beauftragter der amerikanischen Regierung hat, wie die Norddeutsche Allgemeine Zeitung mitteilt, im Laufe des Sommers verschiedene Gefangenenlager in Sibirien besucht und darüber folgendes berichtet:

1. Das Lager in Kurgan

Die Stadt Kurgan im Gouvernement Omsk ist die westlichste von allen Städten Sibiriens, in der deutsche und österreichisch-ungarische Kriegsgefangene gesammelt werden, um sie entweder im Orte selbst zu internieren oder von hier aus auf andere Orte längs der Eisenbahn zu verteilen. In der Stadt selbst befinden sich 5180 Gefangene, 18 180 Mann sind in einer Entfernung von 2 bis zu 150 Werst über den Bezirk verteilt. Kurgan also ist der erste Halteplatz für die nach Sibirien geschickten Gefangenen; hier werden zunächst diejenigen, die für krank befunden sind, von denen getrennt, die zum Weitertransport in das Innere Sibiriens bestimmt sind; daher die verhältnismäßig große Anzahl von Kranken und Leidenden in Kurgan.

Im allgemeinen werden die in Kurgan untergebrachten Gefangenen ohne Unterschied der Staatsangehörigkeit von der russischen Regierung rücksichtsvoll behandelt. Von den in Kurgan befindlichen 5180 Gefangenen sind 2087 Deutsche; sie und die Oesterreicher und Ungarn erfahren die gleiche Behandlung. Die Stadt ist klein, und es fehlt an geeigneten Unterkunftsräumen für diese unerwartet große Anzahl von Unterkunftsbedürftigen, so daß man seine Zuflucht zu Gebäuden nehmen mußte, die eigentlich für andere Zwecke bestimmt sind, und in der Eile Notquartiere herstellen mußte. In den älteren Gebäuden, die als Gefangenenbaracken benutzt werden, sind die Fußböden in angemessenem Zustande, aber die Räumlichkeiten sind in einigen Fällen zu niedrig; um nach modernen Ansprüchen hinreichenden Luftraum zu gewähren. In der jetzigen Jahreszeit aber ist dies nicht so schlimm. Die Beköstigung ist gut, sie entspricht derjenigen für die russischen Soldaten. In einer Baracke wurde über das Brot geklagt, das als minderwertig bemängelt wurde; ich bin aber der Ansicht, daß dies auf die Art des Backens zurückzuführen war, das nicht allein für die Gefangenen, sondern auch für die russischen Soldaten von gefangenen deutschen Köchen besorgt wird. Bei eigener Untersuchung der Beschwerde stellte ich fest, daß ein und dasselbe Material, von einem anderen Bäcker verarbeitet, gutes Brot ergab. Der Unterschied in der Güte ist, soweit ich feststellen konnte, nur von der Beimengung einer größeren oder kleineren Menge Wassers und von kürzerem oder längerem Backen abhängig. Ich habe das Mehl für die Brotbereitung untersucht und festgestellt, daß es gut und frei von fremden Beimischungen war. Vor ganz kurzer Zeit ist die tägliche Brotration von drei auf zwei Pfund und die tägliche Fleischration von dreiviertel auf ein halbes Pfund herabgesetzt worden. Diese Maßnahme hat alle in Sibirien befindlichen Gefangenen betroffen, weil sie zu reichliche Rationen erhielten und diese teilweise versteckten und verkauften. Gefangene, die mit Arbeiten an der Eisenbahn oder sonstwo beschäftigt sind — und dies ist bei der größeren Mehrzahl von ihnen der Fall — erhalten eine reichlichere Beköstigung und werden in dieser wie auch in anderer Hinsicht wie die russischen Soldaten behandelt.

•

2. Das Lager in Petropawlowsk.

In Petropawlowsk befinden sich 15 487 Gefangene, von denen ungefähr 7000 in der Stadt selbst untergebracht sind. Die übrigen sind über das Gouvernement verteilt, wo sie entweder an der Eisenbahn oder in landwirtschaftlichen und industriellen Betrieben arbeiten. Zur allgemeinen sind die Gefangenen dort besser untergebracht und verpflegt als in Kurgan. Ihre Behandlungen sind gerechtiger und ihre Kost ist besser zubereitet.

Die Beköstigung der deutschen und österreichisch-ungarischen Gefangenen in Petropawlowsk ist recht gut, es wird ihnen dieselbe Beköstigung wie den russischen Soldaten verabreicht, und sie wohnen in den gleichen Baracken.

Bei allen meinen Besichtigungen von Gefangenenlagern in Sibirien hatte ich es mir zur Aufgabe gesetzt, die Speisen der Gefangenen zu kosten. Ich fand sie im allgemeinen befriedigend und hörte auch nirgendwo Klagen darüber, ausgenommen in einem Falle.

•

3. Das Lager in Omsk.

In Omsk begleitete mich der General, unter dem das Lager steht, persönlich durch die Gefangenenlager. Zuerst besuchte ich die Offiziere, 500 an der Zahl. Sie wohnen in einem großen Gebäude, das in früheren Zeiten als Gefängnis für Leute diente, die wegen gewöhnlicher oder politischer Verbrechen in die Verbannung geschickt wurden. Früher waren einzelne dieser Gefangenen ständig in Zellen eingesperrt, wie zum Beispiel der Schriftsteller Dostojewski. Gegenwärtig bewohnen die gefangenen Offiziere den großen Raum, der früher als Unterkunft für die gewöhnlichen Gefangenen diente. Der Raum kann etwa 1000 Personen fassen, wenn sie auf den Holzgestellen (Plattformen), die sich der Länge nach auf beiden Seiten des Raumes in zwei Reihen übereinander befinden, einer dicht neben dem anderen liegen. Es ist die gleiche Art, wie auch die russischen Soldaten in den Baracken wohnen. Das Hauptgebäude des zuerst beschriebenen Lagers und sein Zubehör ist mit einem Zaune aus ungefähr 20 Fuß hohen Baumstämmen umgeben, der zweifellos sehr alt ist und aus den ersten Zeiten der Verbannungen nach Sibirien stammt. Auf der einen Seite dieser Umzäunung befindet sich das lange Steingebäude, das früher die Strafgefangenen und jetzt die Offiziere beherbergt, auf der anderen Seite die nötigen Nebenbauten, wie Küche, Baderäume und dergleichen. Als ich durch das starke Holztor in die Umzäunung eintrat, saßen die Gefangenen in Gruppen an Tischen unter den Bäumen, plauderten, rauchten und vertrieben sich sonst die Zeit, so daß ihre Lage erträglich erschien. Aber der Anblick, wenn die Erde während der Herbstregenzeit ein Morast oder im Winter mit sibirischem Schnee bedeckt ist, der aus gestampfter Erde bestehende Fußboden ihres Schlafraumes und ihre Schlafstätte selbst müssen für die Gefangenen doch wenig Ermutigendes haben. Um schlafen zu können, müssen sie Schulter an Schulter mit dem Nachbar liegen, und gegen die Härte der Holzunterlage oder der Gestelle, auf denen sie schlafen, schützt sie nur ein dünner Strohsack. Ihre Kleider und sonstigen Sachen hängen an einem Nagel zu Kopfende ihres Lagers, wie bei den russischen Soldaten. Ich habe beobachtet, wie ein Oberst, der das mittlere Alter weit überschritten hatte, in die zweite Reihe der Lager hinaufklettern mußte, um sich dann neben einem jungen Leutnant niederzulegen. Die hölzernen Bettgestelle schienen allerdings sauber zu sein und Anzeichen von Ungeziefer konnte ich nicht wahrnehmen. Es war Juni, als ich das Lager besuchte; wenn aber die kalte Jahreszeit das Schließen der Fenster bedingt, muß die Luft in dem überfüllten Raume kaum erträglich sein. Begleitet von dem kommandierenden Offizier, der nach meinen Wahrnehmungen sehr streng ist, war es mir kaum möglich, mich mit den Offizieren frei zu unterhalten, aber die Zustände selbst, wie ich sie beobachtete, wiesen auf die Notwendigkeit einer Aenderung hin. Den Offizieren wird sonst ziemliche Freiheit gelassen, sie dürfen sehr oft unter Begleitung der Wache das Lager verlassen. Auf Veranlassung eines Herrn Harte hat der Christliche Verein junger Männer die Mittel zur Errichtung eines Badehauses am Irtischflusse gestiftet, wo die Offiziere täglich zweimal baden dürfen.

Außer den 550 Offizieren befinden sich in Omsk ungefähr noch 9850 gefangene Mannschaften, im ganzen Bezirk ungefähr 20 800. Sie sind über die Stadt selbst und die umliegenden Dörfer verteilt. Die russische Regierung beabsichtigt, diese Gefangenen sämtlich in einem Lager zu vereinigen und hat zur Errichtung eines geeigneten Gefangenenlagers eine Summe von 250 000 Rubel ausgesetzt. Die Gebäude sind beinahe fertiggestellt. Jedes Haus wird 500 Mann aufnehmen können; es sollen 20 solcher Häuser in zwei Reihen von je 10 Häusern auf einem großen offenen Felde errichtet werden. Der Zwischenraum zwischen den zwei Reihen beträgt 200 Fuß. Für die Wasserversorgung wird in befriedigender Weise gesorgt sein, indem das Wasser mittels Röhren in das Lager geleitet wird. Eine Anzahl Küchen, eine für je zwei Häuser, zieht sich an der ganzen Länge des Grundstücks hin. Die ganz neuen Gebäude sind sehr sauber, und ich bin der Ansicht, daß das ganze Lager hinsichtlich der Gesundheit und Annehmlichkeit in jeder Beziehung zweckentsprechend sein wird. Die Holzbauten sind für den zeitweiligen Gebrauch geeignet; die dicken, aus behauenen Bäumen bestehenden Wände eignen sich für das sibirische Klima. Sämtliche Gefangene — Deutsche, Oesterreicher, Magyaren, Tschechen, Türken und andere — werden hinsichtlich Bekösigung und Unterkunft, die der der russischen Soldaten entsprechen, alle gleich behandelt. Die Beschaffenheit der Kost ist gut und die Leute scheinen körperlich und geistig in ziemlich guter Verfassung zu sein. Einige von ihnen haben eine Musikkapelle gebildet, und die russische Regierung hat ihnen die Mittel für die Instrumente und Noten vorgestreckt, die sie aus Einkünften späterer Konzerte zurückzahlen sollen. Leider sind ihre im Freien stattfindenden und notwendigerweise öffentlichen Konzerte zeitweise von der russischen Regierung verboten worden; es ist aber zu hoffen, daß sie bald wieder gestattet werden.

•

4. Das Lager in Nowo-Nikolajewsk.

In dieser Stadt sind 8497 gefangene Mannschaften und 219 Offiziere untergebracht. Ungefähr 10 v. H. der Gefangenen sind Deutsche, die anderen Oesterreicher, einschließlich Tschechen, Magyaren und Rumänen. 75 deutsche und österreichische Offiziere sind in einem Hause untergebracht, das in Friedenszeiten von Offizieren der in Nowo-Nikolajewsk stehenden russischen Regimenter bewohnt wurde. Ihre Unterbringung in den acht Wohnungen von je vier Zimmern ist gut. Die Betten sind dieselben, wie sie von den russischen Offizieren benutzt wurden, und die Zimmereinrichtungen sind zwar einfach, genügen aber dem Bedürfnis. Die Offiziere werden von Gefangenen bedient, die ihnen als Burschen zur Verfügung gestellt sind. Die anderen in Nowo-Nikolajewsk internierten Offiziere sind in Privathäusern in der Stadt untergebracht. Sie alle sind gut versorgt und genießen ziemlich viel Freiheit. Ich unterhielt mich mit vielen Offizieren in den verschiedenen Häusern und erkundigte mich eingehend nach ihren Wünschen und ganz besonders darnach, ob sie Klagen vorzubringen hätten. In den meisten Fällen erklärten sie, daß sie gut behandelt würden, nicht zu klagen hätten und mit den Bedingungen ihrer Gefangenschaft leidlich zufrieden seien. In einem Hause, das von zehn Militärärzten bewohnt wird, wurde über unregelmäßige Wasserlieferung geklagt. Die Wasserversorgung in Nowo-Nikolajewsk läßt allerdings viel zu wünschen übrig; es ist dort üblich, Wasser zu kaufen. Den Gefangenen wird es von Leuten, die es unter Aufsicht der Polizei von Haus zu Haus tragen, geliefert; es kommt aber nicht selten vor, daß die Polizei es zugibt, daß die Wasserträger an den Häusern der Offiziere vorübergehen, so daß diese auf die sehr mangelhafte städtische Wasserversorgung angewiesen sind. Die Aerzte haben eine vorzügliche Ausbildung erhalten, einer hatte ein Jahr in Philadelphia studiert. Sie beschwerten sich zwar nicht über die russischen Behörden, beklagten sich aber über die Langeweile der Gefangenschaft und über den Mangel an Büchern, und sie gaben der Hoffnung Ausdruck, daß ihnen Klassiker, wie Shakespeare, Thackeray, Dickens u. a., in deutscher oder englischer Sprache zur Verfügung gestellt würden. Sie teilten mir mit, daß sie diesen Wunsch bereits Herrn Harte vom Christlichen Verein junger Männer ausgedrückt hätten, der ihnen die Zusendung solcher Bücher in Aussicht gestellt habe. Es wäre eine große Erleichterung des Loses dieser Herren, wenn sie mit geeignetem Lesestoff versehen werden könnten.

An der Stadt Nowo-Nikolajewsk sind ungefähr 3000 deutsche und österreichische Gefangene in Ziegelbaracken interniert; sie werden hauptsächlich mit Eisenbahnarbeiten beschäftigt. Unter ihnen sind vier oder fünf Typhusfälle vorgekommen. Die Kranken sind aber in ein Krankenhaus geschafft worden, wo sie unter aufmerksamer Beobachtung und Behandlung sind, so daß anzunehmen ist, daß die Krankheit keine weitere Ausbreitung finden wird.

5000 Gefangene liegen in einem in der Nähe der Stadt errichteten Lager. Als ich sie im Juni besuchte, wohnten sie in Baracken, die früher während des Winters benutzt wurden. Um diese Baracken herzustellen, hebt man die Erde bis zu einer beträchtlichen Tiefe aus und häuft sie dann als Wände auf. Diese Wände werden dann noch durch eine drei Fuß hohe Lage von Stämmen erhöht, die mit Fenstern versehen wird, um Licht und Luft Zutritt zu verschaffen. Das Ganze wird dann mit einem Bretterdach bedeckt, das mit ausgestochenen Rasenstücken dicht belegt wird. Die Inneneinrichtung besteht aus zwei Reihen übereinander angebrachter Brettergestelle mit breiten Gängen zu beiden Seiten. Diese Baracken waren ursprünglich für die russischen Soldaten erbaut und auch von diesen bewohnt; sie ziehen diese Art Baracken der neuerbauten Art vor, da sie im Winter wärmer und im Sommer kühler sind. Das neuerbaute Lager, das zur Zeit meiner Besichtigung beinahe vollendet war, ist wohl bald danach in Benutzung genommen worden. Es ist auf einem weiten Feld errichtet. Die Gebäude sind nach sibirischer Art aus Stämmen erbaut und können je 500 Mann beherbergen. Auf jeder Seite des Feldes stehen zehn solcher Gebäude, so daß für 10 000 Gefangene Unterkunft gegeben ist. Große Sorgfalt ist auf die Wasserversorgung und Entwässerung gelegt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191601 15-16/fragment/page=0009

Reichstag.

29. Sitzung, Freitag, den 14. Januar, vormittags 11 Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst kleine Anfragen.

Abg. Bassermann (natl.) fragt, ob der Reichskanzler in der Lage und bereit ist, über die widerrechtliche, völkerrechtswidrige Verhaftung des deutschen Konsuls in Saloniki durch den französischen Oberkommandierenden nähere Mitteilungen zu machen.

Direktor im Auswärtigen Amt, Frhr. v. Stumm: Der unerhörte Völkerrechtsbruch der Verhaftung der deutschen, österreichischen, bulgarischen und türkischen Konsuln, die anschließend nach Frankreich überführt worden sind, bildet ein neues Glied in der endlosen Kette von Verletzungen des Völkerrechts, deren sich gerade die Mächte schuldig gemacht haben, die sich stets als Beschützer der kleinen Staaten aufspielen. (Sehr richtig!) Die kaiserliche Regierung hat bei der griechischen Protest erhoben und sie für die Sicherheit der verhafteten Konsuln verantwortlich gemacht. (Sehr gut!) Die griechische Regierung hat bei der französischen und englischen Regierung gegen die Verletzung ihrer Souveränität in schärfster Weise protestiert und die Auslieferung der Verhafteten verlangt. Es ist dem Reichskanzler nicht bekannt, ob eine Antwort auf diesen Protest erfolgt ist. (Hört! Hört! — Abg. Dr. Liebknecht: Bestellte Anfrage!)

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Volksp.) fragt, ob dem Reichskanzler bekannt ist, daß die Postsendungen für die deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich diesen erst nach mehr als einmonatiger Frist zugestellt werden und was die Reichsregierung zu tun gedenkt, um eine Verbesserung dieser Verhältnisse herbeizuführen.

Stellv. Bundesratsbevollmächtigter Oberst Friedrich: Die Schuld der Verzögerungen der Postsendungen an die deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich trifft nicht die französische Post allein, sondern vielfach liegt es an der Willkür der französischen Kommandanten und des unteren Personals in den französischen Kriegsgefangenenlagern. Auf eine Bestimmung der deutschen Heeresverwaltung, die aus militärischen Gründen notwendig war, daß alle deutschen Kriegsgefangenenlagern von Gefangenen abgesandten Briefsendungen zehn Tage lagern müßten, hat die französische Regierung nicht nur das gleiche angeordnet, sondern daß alle einlaufenden Briefe sowohl wie Postsendungen an die deutschen Kriegsgefangenen einer Sperre von zehn Tagen unterliegen. Die deutsche Heeresverwaltung hat als Gegenmaßregel verfügt, daß die an französische Kriegsgefangene einlaufenden Briefe nunmehr ebenfalls einer zehntägigen Sperre unterliegen. Sollte diese Maßregel nicht wirken, so beabsichtigt die deutsche Heeresverwaltung, mit Nachdruck weitere Maßregeln zu treffen. (Beifall.)

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.) (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage die beiden von mir gestellten Anfragen sofort zu behandeln, weil sie geschäftsordnungswidrig nicht auf die heutige Tagesordnung gesetzt sind.

Präsident Dr. Kaempf: Dazu kann ich Ihnen das Wort nicht geben.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Sie wollen die Wahrheit ersticken, Sie wollen das Volk betrügen. (Gelächter.)

Präsident Dr. Kaempf ruft den Abgeordneten Liebknecht zur Ordnung.

Fortsetzung der Besprechung über

die Ernährungsfrage.

Abg. Schiele (kons.): Unsere hochentwickelte Landwirtschaft ist imstande, die Ernährung Deutschlands vollkommen unabhängig vom Ausland durchzuführen. Freilich müssen wir sparsam wirtschaften und haushalten. Mit den Kartoffeln reichen wir sicherlich, wenn auch die Angabe, wir hätten 54 Millionen Tonnen, auf irriger Schätzung beruht. Eine Einschränkung der Fleischnahrung ist ganz unbedenklich, im Jahre 1870 wurden in Deutschland nur 27 Kilogramm jährlich pro Kopf verzehrt, jetzt dagegen 52 Kilogramm, noch 2 Kilogramm mehr als in England. Billiger kann die Landwirtschaft die Lebensmittel gegenwärtig nicht herstellen. Ein erheblicher Grund für die Minderung unserer wirtschaftlichen Erträge liegt ja auch in dem Mangel an Arbeitern und an Betriebsleitern, die zum großen Teil im Felde stehen. Man darf auch nicht übersehen, daß wir in weiten Teilen Deutschlands eine Mißernte gehabt haben. Auf keinen Fall kann man der Landwirtschaft den Vorwurf machen, daß sie die Bevölkerung übervorteilt und ausbeutet. Produzenten und Konsumenten müssen zusammenhalten, auch bei der Behandlung wirtschaftlicher Fragen müssen wir uns als einiges Volk zeigen. (Beifall rechts.)

Unterstaatssekretär Michaelis bestreitet, daß von einer Mißernte gesprochen werden könne, höchstens sei das an einzelnen Orten der Fall.

Abg. Werner-Gießen (Wirtschaftl. Vgg.) verwahrt die deutsche Bauernschaft gegen die gegen sie erhobenen maßlosen Angriffe. Nicht die Bauern sind an der Preistreiberei schuld, sondern der Großhandel.

Es folgt die Abstimmung über die vorliegenden Resolutionen.

Die von der Kommission vorgeschlagenen Resolutionen werden sämtlich angenommen; gegen die Resolutionen, die eine Herabsetzung der Höchstpreise für Verbrauchszucker verlangt, stimmen die Konservativen.

Die Resolution der Sozialdemokraten, daß der Käufer bei Ueberschreitung der Höchstpreise durch den Verkäufer straflos bleiben soll, wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Polen abgelehnt. Abgelehnt wird auch die sozialdemokratische Resolution, die keine weitere Heraufsetzung der Höchstpreise für Kartoffeln verlangt, ferner die, welche die Höchstpreise für den Verkauf von Vieh ab Stall und ab Schlachtviehmarkt abzustufen verlangt und ebenso die Resolution auf Einführung einer Fleischkarte, die den Verbrauch regelt.

Angenommen wird die sozialdemokratische Resolution, zu erwägen, in welcher Weise am zweckmäßigsten den Gemeinden die Zufuhr des unbedingt notwendigen Schlachtviehs durch Beschlagnahme gesichert werden kann und dann diese Sicherung sofort durchzuführen.

Es folgt die Erörterung über verschiedene Resolutionen und Anträge der Kommission sozialpolitischen Inhalts. (Berichterstatter: Graf Westarp.)

Abg. Molkenbuhr (Soz.):

Wenn man von den Opfern des Krieges spricht, blickt man zuerst nach den Schlachtfeldern. Aber auch in der Heimat erfordert der Krieg große Opfer. Schon im Kriegsjahr 1870-71 war

der Rückgang der Geburten

ein erheblicher, und in diesem Kriege wird es noch schlimmer sein. Neben dem Rückgang der Geburten steht die Sterblichkeit der Säuglinge. Um sie zu mindern, ist vor allem nötig, den schwangeren Frauen Hilfe zu gewähren und auch nach der Entbindung ihr bessere Weile für sie zu sorgen. Die Lasten des Krieges will man vielfach den Gemeinden zuschieben. Viele Gemeinden können aber gar nicht das Erforderliche leisten. Es sollte eine Zusammenstellung über die Gemeinden gemacht werden, und eventuell müssen den Gemeinden Staats- und Reichsmittel zur Verfügung gestellt werden. Es gibt ja Gemeinden, die einen Stolz darein setzen, solche Hilfe nicht anzunehmen. Aber dieser Stolz ist doch sehr zweifelhafter Art, wenn man bedenkt, daß Tausende von Frauen und Kindern den Schaden davon haben. Groß ist der Schaden der Gemeinden, wenn ihre Frauen in schwierige Lage geraten, aber größer ist doch noch der Schaden, wenn so viele Menschen Schaden an Leben und Gesundheit erleiden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Auch für die Gemeinden ist der Schaden noch erheblicher, wenn sie später die Siechen erhalten müssen. (Erneutes Sehr richtig!) Die Erhöhung des Wochen- und Stillgeldes der Wöchnerinnen ist schon mit Rücksicht auf die gestiegenen Preise notwendig. Auch kommt für das Reich keine gar zu hohe Belastung heraus, da ja ein sehr erheblicher Rückgang an den Geburten eingetreten ist. In den meisten Städten bleibt die Geburtenziffer sogar hinter der Zahl der Sterbefälle zurück. Die Wochenhilfe ist weit weniger eine Hilfe für die Frau als für die Säuglinge. Gerade durch Verminderung der Säuglingssterblichkeit wird die Volkskraft erhöht. Im Interesse der Kinder sollte man jedem Invaliden auch einen Kinderzuschuß bewilligen. Die Pensionen sind sehr niedrig und in den Familien mit vielen Kindern wird Not und Elend eintreten und manche Kinder werden an den Entbehrungen zugrunde gehen. Auch nach dem Tode der Invaliden sollte man nicht so schnell mit den Kürzungen vorgehen. In der Richtung der Erhaltung der Kinder kann auch bei der Arbeiterversicherung mehr geschehen. Bei den Beratungen der Reichsversicherungsordnung behauptete man, es könnten nicht höhere Leistungen gewährt werden, und die meisten Mitglieder des Hauses begnügten sich, wenn die vorgelegten komplizierten Rechnungen stimmten. Wie man aber oft vorbei gerechnet hat, dafür nur ein krasses Beispiel aus der Seeunfallversicherung. Man rechnete heraus, daß man bei 37 000 Versicherungen im Jahre 1913 bereits 6042 Seemannswitwen haben werde. Tatsächlich ist ein erheblicher Aufschwung bei den Versicherungen eingetreten, sie stiegen bis über 89 000, Witwen waren aber nur 1415 vorhanden, statt 163 pro 1000 nur 16. Auf Grund solcher Berechnungen sind die Witwen- und Waisenrenten so außerordentlich niedrig gehalten. Man rechnete mit 500 000 Waisen. Infolge des Krieges und des dadurch bedingten starken Geburtenrückganges werden wir im Jahre 1921 kaum den dritten Teil haben, aber auch nach Erreichung des Beharrungszustandes im Jahre 1928 wird es sich nur um 500 000 bis 600 000 Waisen handeln. Es sollte daher rechtzeitig ins Auge gefaßt werden, für die Waisen die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Auf dem Gebiet der Kinderpflege müßte erheblich mehr geschehen. (Zust. b. d. Soz.)

Durch den Krieg wird eine erhebliche Störung der Leistungsfähigkeit des Volkes eintreten, sehr viele haben durch Verstümmelung oder durch Krankheit ihre Gesundheit verloren. Auch da heißt es rechtzeitig Mittel zur Verfügung zu stellen. (Sehr richtig!) Bei sehr vielen kann die Leistungsfähigkeit durch medikomechanische Behandlung wieder gesteigert werden; aber nicht alle Verstümmelten können wieder im eigenen Berufe leistungsfähig werden. Vielfach wird eine Ausbildung für andere Berufe stattfinden müssen. Da wird das Reich die Mittel gewähren müssen und andere Organisationen werden mithelfen müssen. Hier gilt es rechtzeitig

eine gute Organisation zu schaffen

und Vorsorge zu treffen, daß die Leute untergebracht werden, zugleich aber auch dafür zu sorgen, daß sie nicht zur Lohndrückerei benutzt werden. In der Richtung müssen Arbeiter und Unternehmer zusammenstehen; es kann ja auch einem Unternehmer nicht lieb sein, wenn ein anderer ihm Schmutzkonkurrenz macht. Der Krieg mag manchen überrascht haben. Nun sollte man sich rechtzeitig vorsehen, daß nicht auch der Frieden Ueberraschungen bringt. Wenn Millionen aus dem Felde zurückkehren, muß das ganze Wirtschaftsleben darauf eingestellt werden, und das geht natürlich nicht mit einem Schlage. Es muß also dafür gesorgt werden, daß die Leute, die nicht sofort in Arbeit treten können, den Schützengraben nicht lediglich mit dem Ghausseegraben vertauschen und in diesem Elend zugrunde gehen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Gerade im größten Bundesstaate, in Preußen, ist eine

Vorsorge für die Arbeitslosen

bisher noch gar nicht getroffen. Wir müssen aber mit der Menschenkraft haushalten und eine weise Oekonomie mit ihr treiben. Deshalb muß nach dem Kriege auch ein Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung in Angriff genommen werden. Freilich sagen die Unternehmer bei solchen Maßregeln stets, dann müsse die Industrie zugrunde gehen. Wir haben bei solchen Gelegenheiten hier dieselben Reden gehört, die im englischen Parlament bei der Einführung der Kinderschutzgesetze ertönten. Die Versicherung selbst kostet uns aber gar nichts, sondern Kosten verursachen die Krankheiten, die Unfälle, die Invalidität. (Lebh. Sehr richtig! b. d. Soz.) Gerade durch die Krankenversicherung ist die Zahl und die Dauer der Krankheiten erheblich zurückgegangen und ihre Folgen sind weniger schlimm geworden. Man kommt auch immer damit, daß die Industrie konkurrenzunfähig wird auf dem Weltmarkt. Wir brauchen aber nur an das Baugewerbe zu denken, das gesamte Gastwirtsgewerbe, an die Gas- und Elektrizitätswerke und viele andere, um zu sehen, daß unsere Produktion doch nicht in erster Linie Produktion für den Weltmarkt ist. 65 Prozent aller deutschen Arbeiter kommen für die Exportindustrie überhaupt nicht in Frage, und von den anderen 35 Prozent arbeitet auch nur ein geringer Teil für den Export, die Bäcker, die Fleischer, die Tabakarbeiter z. B., von deren Produktion nur 5 Prozent ausgeführt wird. Aber auch die großen Exportindustrien haben ihre Stellung auf dem Weltmarkte keineswegs durch eine Schmutzkonkurrenz erreicht (Sehr richtig! b. d. Soz.), weit mehr durch die Steigerung ihrer Leistungsfähigkeit, die nicht zum mindesten den Arbeitern verdankt wird. Mit Stolz verweist man darauf, daß der Krieg bewiesen habe, Deutschland ist in bezug auf die Organisation den anderen Staaten voran. Aber auch der beste Organisator kann eine Organisation nicht aus dem Boden stampfen, wenn nicht alle Glieder des Volkes dabei zusammenarbeiten. Jahrzehnte haben wir gearbeitet, um den Nutzen der Organisation den Leuten begreiflich zu machen, und nur dadurch, daß die Arbeiter in der Organisation lange tätig waren und sie zu schätzen gelernt haben, war es möglich, die dem Gemeinwohl nötige Organisation durchzuführen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Man hat daher angefangen, zu begreifen, daß die Gewerkschaften nicht schädlich, sondern nützlich sind. Trotzdem bestehen die Beschränkungen für die Arbeiterorganisationen auch heute noch fort. Nach dem Kriege müssen gerade die

Rechte der Gewerkschaften in erster Linie ausgedehnt

werden. (Zustimmung b. d. Soz.) Wenn am 4. August 1914 jemand gesagt hätte, welche Bundesratsverordnungen in den nächsten zwei Jahren erlassen werden würden, welche Eingriffe in das Wirtschaftsleben kommen würden, so hätte man gesagt, dann ist Deutschland ruiniert. Aber Sie haben gesehen, wie sich die Produktion solchen Verhältnissen anpassen konnte. Wenn der Friede kommt, wird Deutschland wieder in der Lage sein, alle Hindernisse zu überwinden und eine neue Blüte zu schaffen. Das kann aber nur geschehen, wenn man weitsichtig genug ist, dafür Vorsorge zu treffen, daß die Leistungsfähigkeit der Arbeiter nicht gehemmt, sondern gehoben wird. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Abg. Frl. (Zentr.) wünscht die Errichtung einer zentralen Vergebungsstelle bei der Militärverwaltung, damit bei den Heereslieferungen die Handwerker stärker berücksichtigt werden können.

Abg. Schulenburg (natl.) regt an, den kleinen Gewerbetreibenden und kleinen Kaufleuten im Felde öfter Urlaub zur Regelung ihrer Geschäfte in der Heimat zu geben.

Abg. Bartschat (Vp.) wünscht ebenfalls weitestgehende Berücksichtigung der Handwerker bei den Heereslieferungen. Im Interesse der kleinen und mittleren Unternehmer sollten die fälligen Zahlungen bei Lieferungen möglichst rasch erfolgen. Bei der Verwendung der Reichsmittel zur Unterstützung notleidender Textilarbeiter müßten auch Vertreter der Gewerkschaften zugezogen werden.

Abg. Brandes (Soz.):

Die vom Militär entlassenen Leute verlieren mit dem Tage der Entlassung die Löhnung und ihre Frauen die Kriegsunterstützung. Da die Leute oft in Betriebe kommen, in denen sie erst nach zwei Wochen und länger den ersten Lohn erhalten, so liegt hierin eine ungeheure Härte. — Bei der Behandlung von Ausländern sollte die Regierung entgegenkommender sein. Ein russischer Arbeiter, der lange Jahre in Deutschland, in Bitterfeld, arbeitete, und beim Heranahen des Endes der Arbeit andere Arbeit anderswo erhalten konnte, bemühte sich rechtzeitig um die Erlaubnis dorthin zu reisen. Nach vielen Wochen hatte er noch keine Antwort, und als er nun notgedrungen von Bitterfeld abreiste, wurde er verhaftet und sieht schwerer Bestrafung entgegen. — Den Geburtenrückgang, über den schon vor dem Kriege geklagt wurde, hat der Krieg noch verschärft. Als weiter verschlimmernder Faktor kommt die

mächtige Zunahme der Frauenarbeit

in fast allen Industrien hinzu. Anstatt nun die Schutzbestimmungen für Frauen auszudehnen, sind sie im Gegenteil auf Wunsch der Unternehmer außer Kraft gesetzt worden. Die Folge ist: lange Arbeitszeit, Nachtarbeit und Sonntagsarbeit. Dabei handelt es sich meist um verheiratete Frauen, die neben der Berufsarbeit noch im Hause tätig sein müssen. Entweder muß die Frau dabei selbst zugrunde gehen oder die Kinder werden in ihrer körperlichen und sittlichen Entwicklung vernachlässigt, was sich später furchtbar rächen muß. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Hier muß helfend eingegriffen werden, und zwar schon in der Kriegszeit. Das kann sehr wohl geschehen, wenn die Arbeit der Frauen nicht über acht Stunden dauert. — Nach dem Kriege werden wir zunächst recht ungünstige wirtschaftliche Verhältnisse bekommen beim Aufhören der Kriegsaufträge. Rechtzeitig müssen daher

Einrichtungen zur Unterstützung der Arbeitslosen

getroffen werden. Es wäre eine furchtbare Enttäuschung der Kriegsteilnehmer, wenn sie bei der Rückkehr von Reich, Staat und Gemeinde auch wieder nur auf die Zukunft vertröstet werden. Rechtzeitig muß bereits eingegriffen werden, und die Regierung hat alle Veranlassung, die säumigen Gemeinden zu drängen, damit wir vom Frieden nicht ebenso überrascht werden, wie wir vom Kriege der Fall gewesen ist. In der Frage des Arbeitsnachweises ist aber dem Reichstag eine so magere, inhaltlose Denkschrift zugegangen, wie selten. Die Arbeitgeber wollen eben den Arbeitsnachweis sich nicht aus den Händen nehmen lassen. Hat doch die Arbeitgeberzeitung sich am 5. September 1915, also noch im Kriege, dagegen gewendet, daß Arbeiter überhaupt mit zur Beratung herangezogen werden. Der Burgfrieden soll nur die Arbeiter verpflichten, nicht auch die Unternehmer. Man weist häufig auf die gestiegenen Löhne hin. Aber die Kosten der Lebenshaltung sind durchschnittlich um 70 Prozent gestiegen, die durchschnittliche Steigerung der Löhne ist weit geringer und vielfach auf zahlreiche Ueberstunden zurückzuführen, die den Arbeitern keineswegs erwünscht sind. — Die Bestimmungen, daß Sozialdemokraten in Staatsbetrieben nicht beschäftigt werden sollen, ist auch heute noch nicht aufgehoben. Vor einem halben Jahre wurde versichert, daß sie „im wesentlichen nicht bestehe". Tatsächlich ist sie nicht beseitigt und auch ihre Wirkungen bestehen noch immer. (Hört, hört! b. d. Soz.) Hier will man eben weder ja noch nein sagen. Es müssen aber alle Hemmnisse der Koalition beseitigt werden, nur dann kann es zu einer Besserung unseres ganzen Volkstums kommen. (Beifall b. d. Soz.)

Direktor im Reichsamt des Innern Geheimrat Caspar: Es ist versucht worden, in der Schwerindustrie für die Frauen nur Achtstundenschichten zuzulassen. Nur teilweise ist gestattet worden, Frauen in denselben Schichten zu beschäftigen wie die Männer.

Abg. Stresemann (natl.): Mit Eintritt des Friedens werden zwei Millionen Gefangene aus Deutschland herauskommen, die den Rückkehrenden Platz machen. Infolgedessen wird keine Arbeitslosigkeit herrschen, sondern der Arbeitsmarkt günstig liegen. — Die deutsche Arbeitgeber-Zeitung hat keineswegs das Recht, im Namen der gesamten deutschen Industrie zu sprechen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Schon im Frieden waren die Ansichten der Industrie darüber verschieden, ob man nicht mit den Arbeitern von Organisation zu Organisation verhandeln solle.

Abg. Schirmer (Zentr.) wünscht, daß für die notleidenden Textilarbeiter etwas geschieht.

Abg. Hoch (Soz.):

Die wohlwollenden Erklärungen über die Beschäftigung von Arbeiterinnen in der Schwerindustrie, die Geheimrat Caspar abgegeben hat, werden hoffentlich auch in die Tat umgesetzt werden. — Den Optimismus des Abg. Stresemann über die günstige Lage des Arbeitsmarktes nach dem Kriege halte ich für irrig, jedenfalls kann man sich nicht darauf verlassen und muß Vorsorge auch für das Gegenteil treffen

Abg. Stadthagen (Soz.):

Die Exmission von Kriegerfrauen, die durch die Bundesratsverordnung vom 14. Januar 1915 ermöglicht worden ist, widerspricht dem Gesetz und auch dem Geiste der Verordnung selbst. Es ist eine Ungeheuerlichkeit, daß der Kriegsteilnehmer, der im Schützengraben liegt, exmittiert wird, das widerspricht dem Rechtsgefühl und dem Gesetz vom 4. August 1914. Durch eine ganze Reihe solcher Exmissionen ist

ungeheures Elend über Frauen von Kriegsteilnehmern

gebracht. Deshalb muß eine ausdrückliche Bundesratsverordnung erlassen werden; wir können uns nicht darauf verlassen, daß in dem einen oder anderen Falle das Kammergericht ein vernünftiges Urteil fällt. Zahlreich sind die Fälle, wo im Westen und Osten des Reiches geradezu unvernünftige Urteile gefällt worden sind. Eine Frau, die bei der Exmission die Möbel des Mannes mitnahm, ist dafür noch extra bestraft worden. Dies ungerechte Verfahren muß Erbitterung erregen, und schleunigst sollte der Bundesrat Remedur schaffen. (Beifall b. d. Soz.)

Die von der Kommission vorgeschlagenen Resolutionen, welche eine stärkere Berücksichtigung der selbständigen Handwerksmeister bei militärischen Lieferungen, ferner Reichsmittel zugunsten der notleidenden Textilarbeiter unter Hinzuziehung der Vertreter der gewerkschaftlichen Organisationen wünschen, weiter daß die Grundsätze für die Entschädigung der Kriegsschäden dem Reichstage vorgelegt werden, werden angenommen.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Sonnabend 10 Uhr. (Altersrente, Belagerungszustand, Zensur). Schluß: 7 Uhr.

Sprechstunde der Redaktion von 12 bis 1 Uhr.

Verantwortlich für: Politik und Parteinachrichten Paul Hennig; Unterhaltungsbeilage, Gewerkschaftliches und Allerlei Karl Vogt; Halle und Saalkreis und Aus der Provinz Wilhelm Koenen; Anzeigen Wilhelm Herzig; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Eduard Graf, größtes Spezial-Geschäft am Platze, **Bettfiedern,** fert. **Betten.** Beste und billigste Bezugsquelle. **Marktplatz 11.**
Versand nach auswärts. — Verpackung frei. — Fernsprecher 2852. Halle a. S. 4413

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191601 15-16/fragment/page=0010